

**Einwohnerratssitzung 2016/2017
Protokoll Nr. 7**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 13. April 2017**
Sitzungszeit 13:30 Uhr bis 17:15 Uhr
Ort Gallusheim, Gemeindehausstrasse 9, Kriens

Protokoll	Präsidialdienste	13. April 2017
Direktwahl	041 329 63 09	

Anwesend	Präsident	Raphael Spörri
	Einwohnerrat	28 Mitglieder Räto Camenisch (ab 14:45 Uhr) Thomas Lammer (bis 16:00 Uhr) Andreas Vonesch (bis 16:00 Uhr) Martin Zellweger (bis 15:40 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber Gemeindeschreiber-Substitutin	Guido Solari (ab 15:30 Uhr) Daniela Rieder (bis 15:45 Uhr)
	Protokoll	Melanie Jans Janine Lipp
Entschuldigt		Nicole Nyfeler

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 342 |
| 2. | <u>Protokoll Nr. 4</u> vom 15. Dezember 2016
<u>Protokoll Nr. 5</u> vom 19. Januar 2017 | | Seite 342 |
| 3. | <u>Postulat Mathis</u> : Strategie für eine aktive Aussenpolitik
<i>Begründung</i> | Nr. 017/16 | Seite 342 |
| 4. | <u>Postulat Mathis</u> : Sichere Fuss- und Radwegverbindung auf der Gemeindehausstrasse während der Zentrums-Bauphase
<i>Begründung</i> | Nr. 018/16 | Seite 343 |
| 5. | <u>Bericht Postulat Piras</u> : Jugendvorstoss - Ohne Stimmrecht politisch mitreden | Nr. 233/16 | Seite 345 |
| 6. | <u>Bericht Postulat Spörri</u> : Quartierstrukturen stärken | Nr. 234/16 | Seite 348 |
| 7. | <u>Beantwortung Interpellation Graber</u> : Angebote KITAS in Kriens | Nr. 005/16 | Seite 352 |
| 8. | <u>Postulat Büchi</u> : Prüfung Heim-Neubau auf Areal Zunacher
<i>Begründung</i> | Nr. 026/17 | Seite 354 |
| 9. | <u>Postulat Nyfeler</u> : Optimierung des Winterdienstes zu Gunsten des Langsam-Verkehrs
<i>Begründung</i> | Nr. 028/17 | Seite 361 |
| 10. | <u>Postulat Graf</u> : Einmischung bei Volksabstimmungen
<i>Begründung</i> | Nr. 030/17 | Seite 361 |
| 11. | <u>Bericht Postulat Kaufmann</u> : Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum | Nr. 247/16 | Seite 364 |
| 12. | <u>Beantwortung Interpellation Nyfeler</u> : Wie barrierefrei ist Kriens für Menschen mit einem Handicap? | Nr. 013/16 | Seite 366 |
| 13. | <u>Postulat Büchi</u> : Gehen attraktive Verkehrswege zwischen Kriens und Horw verloren?
<i>Begründung</i> | Nr. 027/17 | Seite 370 |
| 14. | <u>Postulat Portmann</u> : Wird nun in Kriens umweltfreundliches Denken bestraft?
<i>Begründung</i> | Nr. 033/17 | Seite 370 |
| 15. | <u>Postulat Koch</u> : Neuer Schulraum auf dem Areal Grosshof
<i>Begründung</i> | Nr. 034/17 | Seite 374 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 16. | <u>Postulat Koch</u> : Bessere Auslastung der gemeinde-eigenen Sitzungs- und Besprechungszimmer!
<i>Begründung</i> | Nr. 036/17 | Seite 377 |
| 17. | <u>Fragestunde</u>
<i>(max. 30 Min.)</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | | Seite 378 |

Neueingangsliste

- Nr. 042/17 Interpellation Niederberger: Fahrtenmodell Pilatusmarkt
Eingang: 21.03.2017
- Nr. 043/17 Interpellation Fluder: Bauzustand der gemeindeeigenen Liegenschaften
Eingang: 23.03.2017
- Nr. 044/17 Interpellation Burkhardt: Luxus-Fachplaner in der Gemeinde Kriens
Eingang: 27.03.2017
- Nr. 031/17 Beantwortung Interpellation Schmid: Abstimmungspropaganda von Krienser Gemeinderäten vor eidgenössischen & kantonalen Abstimmungen
- Nr. 046/17 Postulat Tanner: Einführung eUmzug in der Gemeinde Kriens
Eingang: 04.04.2017
- Nr. 023/16 Beantwortung Interpellation Tanner: Kompetenzen Parlament mit dem neuen FHGG
- Nr. 021/16 Beantwortung Interpellation Schwarz: Car-Regime der Stadt Luzern auf Krienser Boden
- Nr. 047/17 Interpellation Graber: Stopp Lebensmittelverschwendung in Kriens
Eingang: 12.04.2017

Raphael Spörri begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Einwohnerratssitzung. Im Verlauf der Sitzung werden die Grossstadtrats-Präsidentin Katharina Hubacher von Luzern und der Einwohnerratspräsident von Horw Jürg Luthiger als Gäste dazu stossen. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Christian Glaus.

Um die Wichtigkeit des politischen Systems wieder einmal bewusst zu werden, folgendes Zitat von Wolfgang von Goethe:

„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf!“
Der heutige Nachmittag soll wach und aktiv gestaltet werden.

Entschuldigt hat sich Nicole Nyfeler. Guido Solari kommt ca. auf 15:30 Uhr zur Sitzung hinzu. Bis dahin wird er von Daniela Rieder vertreten. Martin Zellweger verlässt die Sitzung um ca. 15:30 Uhr und Andreas Vonesch und Thomas Lammer um ca. 16:00 Uhr.

Heute gibt es keine Pause. Sitzungsschluss ist um 17:00 Uhr.

1. Mitteilungen

Zur Traktandenliste sind nach Raphael Spörri keine Änderungsanträge eingegangen. Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilungen seitens des Präsidiums

Gemäss Raphael Spörri findet der Ausflug des Einwohnerrates am 1. Juli 2017 statt. Die Einladungskarte liegt auf. Da mit dem ÖV gereist wird, bittet er um bald mögliche Anmeldung mit dem Hinweis, ob ein GA, Halbtax oder andere Ermässigung vorliegt.

2. Protokoll Nr. 4 vom 15. Dezember 2016 Protokoll Nr. 5 vom 19. Januar 2017

Zum Protokoll Nr. 4 vom 15. Dezember 2016 sind keine Änderungsanträge eingegangen. Zum Protokoll Nr. 5 vom 19. Januar 2017 ist vom Sozialvorsteher Lothar Sidler eine Änderung eingegangen. Der Einfachheit halber wurde diese verteilt:

Protokoll Nr. 5, S. 234

... Sie argumentiert, dass wenn die Aktien zu 100 % im Besitz der Gemeinde ist, ist sie dafür, dass der Preis relativ hoch gehalten wird...

Raphael Spörri stellt fest, dass keine weiteren Änderungsanträge eingegangen sind. Sprachliche Fehler wurden nachträglich korrigiert. Die Protokolle werden somit genehmigt und verdankt.

3. Postulat Mathis: Strategie für eine aktive Aussenpolitik Nr. 017/16

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

4. Postulat Mathis: Sichere Fuss- und Radwegverbindung auf der Gemeindehausstrasse während der Zentrums-Bauphase

Nr. 018/16

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Thomas Lammer opponiert der Überweisung.

Judith Mathis-Wicki stellt fest, dass mit den Zentrumsbauten im Moment grosse Bauvorhaben am Laufen sind und dies mitten in Kriens. Dass damit gewisse Einschränkungen in Kauf genommen werden müssen, erscheint klar zu sein. Was aber nicht passieren darf, ist das damit gefährliche und unklare Situationen für Fussgänger und Radfahrer entstehen. Genau das hat man jedoch mit der Unterbrechung der Gemeindehausstrasse für den Fuss- und Radverkehr von der Luzernerstrasse zur Schachenstrasse. Obwohl zwei volle Fahrspuren vorhanden sind, wurde diese wichtige Verbindung und Querung, von der Haupt- zur Nebenachse, für den Langsam- und Fussverkehr ersatzlos gestrichen. Dies ist angesichts der langen Bauphase, die bis 2018 dauert, nicht akzeptabel und verlangt nach einer Überprüfung. Nachdem das Trottoir auf der Nordseite der Luzernerstrasse entlang der Zentrumsbaustelle wieder geöffnet worden ist und auf der Höhe der Gemeindehausstrasse einfach ein Geh- und Fahrverbot aufgestellt worden ist, ist die Situation gefährlich und unklar. Es kann nicht sein, dass die Fussgänger und der Langsamverkehr längere Umwege in Kauf nehmen müssen und der Autoverkehr hingegen ohne Einschränkungen weiter fahren kann. Der vorhandene Strassenraum mit zwei Spuren bietet genügend Raum, um für alle Verkehrsteilnehmenden eine akzeptable und sichere Lösung zu finden. Die Sprechende freut sich, dass der Gemeinderat bereit ist das Postulat entgegen zu nehmen und das Anliegen zu prüfen und bittet deshalb, das Postulat zu überweisen.

Gemäss Hans Fluder, SVP-Fraktion, hat der Radweg vom alten Bahnhof der Baustelle weichen müssen. Das Trottoir von der Luzernerstrasse an die Schachenstrasse wird über die Lindenüberbauung geführt und ist auch so ausgeschildert. Der Fussweg ist deshalb ein wenig verlängert worden. Eine Spur zu sperren, wie das die Postulantin fordert, ist nicht sinnvoll, da an dieser Strasse viel Verkehr herrscht. Der ganze Verkehr von der Schachenstrasse, von der Gemeindehausstrasse und nicht zu vergessen die Postautos vom Postautodienst Bucheli müssen durch dieses Nadelöhr fahren. Bei der Kantonalbank an der Ecke der Gemeindehausstrasse stellen den ganzen Tag Kunden die Autos vor die Bank, um ihre Geschäfte zu erledigen oder Geld aus dem Bankautomat zu holen. Für die Velofahrer wäre es sinnvoll, wenn sie den Radstreifen an der Schachenstrasse bis zum Bellpark und dann am oberen Teil des Bellparkes den Radweg benützen würden. Für die Fussgänger ist das auch ein sicherer und unfallfreier Weg. Es ist nun Bauzeit und irgendeinmal muss man dem entgegen kommen. Er hofft, dass man dies so erledigen kann.

Laut Thomas Lammer, FDP-Fraktion, wird in Kriens zurzeit an vielen Orten viel gebaut. Auch mitten im Zentrum sind mehrere grosse Baustellen vorhanden. Die Bauplätze sind oft sehr eng und es sind hohe logistische Anforderungen notwendig, um den Betrieb sicherzustellen aber auch den Verkehr nicht zu stark zu beeinflussen. Die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass dies bis jetzt gut gelungen ist. Sie sieht deshalb keinen Anlass, das bestehende Verkehrsregime an der Gemeindehausstrasse zu verändern. Die Sperrung bzw. Freigabe eines Fahrstreifens wird in diesem Bereich zu grösserem Rückstau führen und den Verkehr teilweise

auch auf die Schachenstrasse verlagern. Für Velofahrer und Fussgänger bestehen nach wie vor Verbindungen zwischen Luzerner- und Schachenstrasse, welche ohne grosse Umwege benutzt werden können. Die FDP-Fraktion sieht aus diesem Grund keinen Handlungsbedarf und lehnt das Postulat ab.

Cla Büchi, SP-Fraktion findet, dass die Situation der Gemeindehausstrasse im betroffenen Abschnitt tatsächlich unbefriedigend ist und das nicht erst seit der Zentrums-Baustelle. Hier besteht unbedingt Handlungsbedarf, auch im Hinblick auf die Situation nach Bezug des Zentrums Pilatus. Die SP-Fraktion würde es im speziellen sehr begrüssen, wenn beidseits dieses Strassenabschnitts eine durchgehende Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr geschaffen wird und man nicht immer durch die Passage gehen muss, um auf den Dorfplatz zu gelangen.

Auch die Grüne/GLP-Fraktion findet gemäss Bruno Bienz die Situation auf der Gemeindehausstrasse unzumutbar. Die Fussgänger und Velofahrer müssen einen weiten Umweg machen. Es gibt dadurch nicht nur gefährliche Situationen für diese beiden Verkehrsteilnehmer, sondern es ist auch gewerbefeindlich. Wenn das Zentrum zu Fuss oder mit dem Velo nicht mehr direkt erreicht werden kann, spüren das die ansässigen Geschäfte. Denn ein wichtiger Faktor ist vor allem für das publikumsorientierte Gewerbe, eine gute Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln. Das ist gemäss Stand heute nicht so. Auch beim Bahnhofli wurde einfach das Trottoir ohne Alternativen gesperrt. Deshalb will die Grüne/GLP-Fraktion keinen Bericht sehen, sondern ein Handeln des Gemeinderates, bevor etwas passiert. Eine Spur für die Autos reicht vollkommen und gibt für Fussgänger und Velofahrer mehr Sicherheit.

Gemäss Matthias Senn wurde an einer Koordinationssitzung entschieden, wie der Verkehr geführt wird. Die Ausweichmöglichkeiten durch den Bellpark oder die Passage wurden recht gut akzeptiert. Man hat sich bereits auch schon an diese Situation gewöhnt. Trotzdem wird der Gemeinderat schauen, dass möglichst bald die Trottoirs beim Zentrum Pilatus und beim Bahnhofli wieder zugänglich gemacht werden.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Mathis: Sichere Fuss- und Radwegverbindung auf der Gemeindehausstrasse während der Zentrums-Bauphase (Nr. 018/16)

Das Postulat wird mit 15:12 Stimmen überwiesen.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja

Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	nein

5. Bericht Postulat Piras: Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht politisch mitreden Nr. 233/15

Laut Raphael Spörri beantragt der Gemeinderat das Postulat aufgrund des vorstehenden Berichts als erledigt abzuschreiben.

Die Grundidee des Vorstosses von Davide Piras war es ein politisches Recht für Jugendliche zu erschaffen. Ein Instrument für Jugendliche, um das Gemeindeleben politisch mitzugestalten und neue Ideen einzubringen. Gerade für Jugendliche fehlte eine niederschwellige und simple Möglichkeit für eine politische Partizipation. Um diese Lücke zu schliessen ist die Idee eines einfachen, klaren und unbürokratischen Instruments für Jugendliche im Alter von 13-18-Jährigen entstanden. Sein klares Ziel war die Lust für die Krienser Politik zu wecken. Man sieht anhand der Zuschauer, dass diese Politik bei den Jugendlichen nicht geweckt wurde. Wie im Bericht dargelegt, wurde das Postulat in der Jugendkommission kontrovers und intensiv diskutiert. In einem Punkt waren sie sich von Beginn an alle einig, denn jede Form einer möglichen politischen Partizipation ist zu unterstützen. Doch wie soll ein Instrument aussehen? Politik lebt von Vorstössen und Gegenvorschlägen. Der Vorschlag des Gemeinderates, ist zwar kein politisches Instrument wie von ihm vorgeschlagen, erfüllt in seiner Kernaussage aber genau denselben Zweck und ist in seiner Grundidee zielführend, nämlich Jugendliche für Politik und Partizipation zu animieren. Der Gegenvorschlag geht in einigen Punkten sogar einen Schritt weiter. Es entsteht eine Koordinationsstelle welche die Anliegen behandelt, sowie ein Online-Portal mit einem unbürokratischen und modernen Ansatz. Die Beantwortung erfolgt innerhalb von 30 Tagen. Doch wird dieses Portal zukünftig wirklich genutzt? Davide Piras ist fest davon überzeugt. Nach dem Zeitungsbericht der Luzerner Zeitung wurde er von einigen Kriensern auf den neuen „Heissen Draht in die Verwaltung“ angesprochen. Die Zielgruppe ist aus seiner Sicht unbeschränkt sei es ein Quartier, Vereine, die Jugendanimation, eine Klasse, aber auch Senioren oder der einfache Krienser Bürger. Bei der Umsetzung des Postulats, hatte der Sprechende ein zusätzliches Anliegen. Er bat den Gemeinderat nach dem Einrichten des Online-Portals, dass die jeweiligen Anfragen aus Bevölkerung im Geschäftsleitungs-Protokoll mit Einreichungsdatum und Antwort aufgelistet werden. Der Einwohnerrat hat zumindest mit diesem Protokoll ein Kontrollinstrument, ob die Anliegen fristgerecht und korrekt beantwortet worden sind. Er bittet die Fraktionen dazu kurz Stellung zu nehmen. In diesem Sinne unterstützt Davide Piras den Gegenvorschlag des Gemeinderates und ist für Abschreibung des Postulats. Er möchte sich für den Bericht beim Gemeinderat, aber auch vor allem bei der Jugendkommission für ihre wertvolle Arbeit für die Jugendlichen von Kriens bedanken.

Die SVP-Fraktion ist laut Michèle Binggeli mit den gemachten Ausführungen und Überlegungen im Bericht einverstanden und kann sich diesen anschliessen. Sie findet es ebenfalls wichtig, dass ein solches Instrument, wie das vorgeschlagene Formular, nicht nur den Jugendlichen zu Verfügung steht, sondern allen Einwohnern der Gemeinde Kriens. So kann jede Person, welche ein Anliegen hat, dieses problemlos und unkompliziert einbringen. Allen ist sicher

klar, dass ein solches Instrument zurzeit keine Zusatzkosten verursachen darf und dafür momentan auch keine zusätzlichen Ressourcen geschaffen werden können. Die SVP-Fraktion ist aber der Meinung, dass dies gar nicht der Fall sein wird, sondern im Gegenteil, durch dieses einheitliche Formular sogar Zeit- und damit Kostenersparnisse möglich sind. Denn jede Behörde und jede Person kann darauf verweisen und es muss nicht zunächst abgeklärt werden, wer allenfalls für das Anliegen zuständig ist. Das Postulat ist damit, wie vom Gemeinderat beantragt, als erledigt abzuschreiben.

Die FDP-Fraktion nimmt gemäss Daniel Rösch den vorliegenden Bericht zur Kenntnis. Sie stellt fest, dass auch die Jugendkommission zu denselben Schlüssen kam wie sie. Man will kein spezielles politisches Instrument schaffen, welches nur eine Altersgruppe bevorteilt. Mit der im Bericht vorliegenden Lösung in Form eines Onlineformulars wird nun entsprechend ein niederschwelliges Angebot geschaffen. Dies sollte soweit auch im Sinne des Postulanten sein. Ein Formular, welches per Internet verfügbar gemacht wird, entspricht auch dem heutigen Zeitgeist. Die Anliegen der Jugendlichen können dann entsprechend rasch entgegengenommen und behandelt werden. Es ist zu hoffen, dass dann auch an den Schulen auf die neue Lösung hingewiesen wird. Die Jugendlichen müssen über ihre Möglichkeit der Partizipation entsprechend aufgeklärt werden, ansonsten bleibt das Formular dann ungenutzt. Auch die FDP-Fraktion ist für die Abschreibung dieses Postulates.

Laut Yasikaran Manoharan, SP-Fraktion, verfolgte das Anliegen des Postulanten das Ziel, den Jugendlichen ein Instrument zur Verfügung zu stellen, welches ihnen erlaubt, mit einem Jugendvorstoss das Gemeindeleben politisch mitzubestimmen. Denn gerade bei den Jugendlichen fehlt der Bezug zur Demokratie und die Möglichkeit der Mitbestimmung. So soll mit einem neuen Instrument eine Partizipationsmöglichkeit geschaffen werden. Die vom Gemeinderat vorgeschlagene Umsetzung entspricht nicht den Vorstellungen, wie sie die SP-Fraktion ursprünglich bei der Überweisung des Vorstosses erwartet hatte. Dennoch kann sie die Überlegungen und Ansätze des Gemeinderates nachvollziehen. Die wichtigen Punkte hat der Postulant bereits erwähnt und diese kann die SP-Fraktion unterstützen. Ihn ist es wichtig, dass alle Lehrer über diese Möglichkeit Bescheid wissen und die Schüler dazu ermutigen, das Instrument zu nutzen, um ihre Anliegen bei der Gemeinde zu platzieren. Das Medium ist passend gewählt. Ein Onlineformular ist zeitgemäss und verlangt keine formellen Mittel, welche die Jugendlichen abschrecken könnten. Für die Umsetzung spricht auch, dass keine Unterschriften eingereicht werden müssen, damit so auch Einzelanliegen Platz finden. Dass die Gemeindeverwaltung die Anliegen behandelt und nicht der Einwohnerrat, kann die SP-Fraktion befürworten. Jedoch müssen die Eingänge auch für den Einwohnerrat ersichtlich sein. So kann sie sich vorstellen, wie der Postulant vorschlägt, dass die Eingänge bei der Geschäftsleitungssitzung kurz besprochen und protokolliert werden. Dass das Instrument allen bereit steht, entspricht auch dem Slogan der SP: „Für alle statt für wenige“. Das Anliegen hat Manuel Schmutz im Namen der SP auch bei der Behandlung des Vorstosses explizit gefordert. Jedoch hofft die SP-Fraktion auch, dass das Instrument nicht zum Sorgentelefon verkommt und die Gemeindeverwaltung damit überlastet wird. Abschliessend gilt es zu erwähnen, dass die Anliegen nicht rasch aufgenommen und rasch behandelt werden sollen, wie es in der Beantwortung steht, sondern sie sollen rasch aufgenommen und sorgfältig behandelt werden, damit der Empfänger eine gute Rückmeldung erhält und sich ernst genommen fühlt. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Jugendkommission für die Erarbeitung des Berichts und der Grundlagen und ist gespannt, was für Anregungen über dieses Instrument eingegeben werden.

Raoul Niederberger bedankt sich im Namen der Grüne/GLP-Fraktion beim Postulanten für seinen Vorstoss, denn auch ihm ist ein breiter politischer Diskurs und eine breite politische Beteili-

gung ein Anliegen. Sie teilt aber die Meinung des Gemeinderates, dass ein Sonderrecht für Jugendliche nicht zielführend ist. Mit Blick auf das Gleichberechtigungsgebot müssen auch andere Gruppen einen Anspruch auf ein solches Sonderrecht haben. Gruppen ohne politisches Stimmrecht können sich aber heute schon mittels Petition Gehör verschaffen. Genau auf dieses politische Mittel will nun der Gemeinderat setzen. Seine Abklärungen mit der Jugendkommission zeigen, dass sich das Petitionsrecht am besten eignet, um den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden. Verbesserungspotenzial hingegen scheint es bei der Koordination der Behandlung von Petitionen zu geben. Auch darauf will der Gemeinderat mit einer neuen Stelle reagieren, was sinnvoll erscheint. Dass dies innerhalb der bestehenden Ressourcen zu erfolgen hat, ist angesichts der angespannten Finanzlage nur logisch. Die Grüne/GLP-Fraktion begrüsst deshalb den Bericht des Gemeinderates und ist für die Abschreibung des Postulats. Sie kann dem Anliegen von Davide Piras zustimmen.

Davide Piras geht es noch um sein Anliegen, dass der Einwohnerrat auch über die Anregungen informiert wird, sei das im Geschäftsleitungs-Protokoll oder im Extranet. Auf welche Art und Weise dies passieren soll, kann der Gemeinderat entscheiden. Dem Sprechenden fehlt jedoch noch die Stellungnahme der FDP und der SVP, ob sie damit einverstanden sind.

Die SVP-Fraktion findet laut Michèle Binggeli dieses Anliegen gut und kann dieses auch unterstützen.

Die FDP-Fraktion kann gemäss Daniel Rösch diesem Anliegen soweit zustimmen, dass die Resultate aufgeschaltet werden, aber nicht in der Geschäftsleitung oder sonst wo behandelt werden.

Cyrell Wiget erklärt, dass schon seit Jahren ein erklärtes Ziel des Gemeinderates ist, dass er möglichst keine Kluft zwischen der Bevölkerung und den Behörden und zwischen dem Einwohner- und Gemeinderat haben möchte. Der Gemeinderat ist an einem intensiven und direkten Dialog mit all seinen Partnerinnen und Partnern sehr interessiert. In der heutigen Zeit ist es jedoch nicht ganz einfach dieses Ziel immer wieder zu bewerkstelligen, gerade bei kommunalen Anliegen. Insofern hat der Gemeinderat die Anregung von Davide Piras gerne aufgenommen. Die zusätzliche Anregung betreffend der Behandlung oder Veröffentlichung für den Einwohnerrat möchte der Sprechende noch im Gemeinderat besprechen. Er möchte aber davon absehen, bereits jetzt ein Versprechen zu machen, weil die Idee von diesem Formular und überhaupt von diesem Angebot ganz niederschwellig ist. Man hat bereits heute die Möglichkeit von einer Petition und diese wird erstaunlich wenig genutzt. Der Gemeinderat möchte, dass das Online-Formular einfach und unkompliziert ist. Die Fraktionen sind auch der Meinung, dass bei der Verwaltung nicht Zeit gebraucht, sondern gespart werden kann. Er bedankt sich für den Hinweis zur Kommunikation, damit dieses Online-Formular bekannt gemacht wird. Der Gemeinderat ist froh, dass der Vorschlag von allen unterstützt wird.

Gemäss Judith Luthiger-Senn hat die Schule klar den Auftrag von einer politischen Schulung im Unterricht. Die Sprechende hat auch den Rektor, Markus Buholzer, nochmals darauf hingewiesen, dass die Jugendlichen auf die Einwohnerratssitzungen aufmerksam gemacht werden sollen und diese die Sitzungen auch besuchen.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Piras: Jugendvorstoss – Ohne Stimmrecht politisch mitreden (Nr. 233/16)

Das Postulat wird mit 27:0 Stimmen abgeschrieben.

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	ja
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	ja
Sigg, Leo	ja
Tanner, Beat	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Vonesch, Andreas	ja
Zellweger, Martin	ja

6. Bericht Postulat Spörri: Quartierstrukturen stärken Nr. 234/15

Laut Raphael Spörri ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Die SP-Fraktion ist gemäss Michael Portmann mit dem Bericht zu diesem Postulat nicht zufrieden. Mit dem Postulat wurde der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen, wie die Quartierstrukturen gestärkt und die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen und Gemeinde verbessert werden kann. Im Bericht wird in wunderbaren Worten auf den neuen Spielplatz Langmatt hingewiesen. Auch das Potential Schappe Süd und im Teiggi-Areal werden herausgehoben. Ja, diese Projekte haben Ausstrahlung und werden bis in die Quartiere ausstrahlen. Wo aber ist die Bestandesaufnahme zumindest angedeutet? Wo ist die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den Quartiervereinen erwähnt? Die Bestandesaufnahme des Sprechenden sieht folgendermassen aus. In Kriens gibt es acht Quartiere, die offenbar historisch gewachsen sind. In sechs Quartieren sind Quartiervereine aktiv, was auf deren Homepages sichtbar wird. Regelmässig werden Anlässe im Quartier organisiert, um das Zusammenleben im Quartier zu fördern. Diese Anlässe ermöglichen Kontakte über alle Altersgruppen hinweg und bieten eine Austauschplattform für viele Lebensfragen, von wichtigen bis hin zu unwichtigen. Genau diese Kontakte verwurzeln einen mit Kriens, so dass man sich zu Hause fühlt. Gemäss Homepage der Gemeinde heisst es: „...bilden die Quartiervereine auch ein direktes Scharnier zur Gemeinde Kriens, indem sie einen regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat pflegen. So wahren die Quartiervereine die Interessen der Menschen, die

darin wohnen, und bilden gleichzeitig eine Plattform zum Kontakt untereinander...“: Hier wird eine wichtige Funktion der Quartiervereine angesprochen. Die Quartiere entwickeln sich im Moment nämlich teilweise rasend schnell. Ansprechpersonen in den Quartieren zu haben, kann unglaublich hilfreich sein, wenn beispielsweise Bauprojekte effizient abgewickelt werden sollen. Was fehlt denn noch? In den zwei wohl dichtest bebauten und bevölkerungsreichsten Quartieren Oberdorf und KUGA gibt es keinen Quartierverein. Hier liegt das Zusammenleben brach, Anliegen und Probleme der Bevölkerung können nirgends eingebracht werden und Quartierfeste finden ebenfalls nicht statt. Glücklicherweise sind die Quartierschulhäuser und die Pfarreien in die Bresche gesprungen und fördern das Zusammenleben vor allem für Kinder und Jugendliche. Die Gemeinde plant eine städtebauliche Analyse exakt für diese beiden Quartiere. Die Zentrumsbauten liegen ebenfalls in diesen Quartieren. Die wichtigen Scharniere und Kontakte in die Quartiere aber fehlen komplett. Die Interessen der Menschen in den Quartieren werden nicht erfasst und so auch nicht in die Quartierentwicklung eingebracht. Hier liegen die Defizite und aus Sicht der SP-Fraktion auch das Handlungspotential. Hier hat der Bericht Mängel. Auch das Potential der Zusammenarbeit zwischen Quartiervereinen und Gemeinde wird nirgends aufgezeigt. Und ja, selbst die aktiven Quartiervereine erwünschen sich mehr Kontakt mit der Gemeinde und sehen ihrerseits viel Entwicklungspotential. Wozu denn eigentlich? Nachbarschaftshilfe, Mittagstische zwischen befreundeten Familien, gute und rege Gespräche mit älteren Menschen, die noch zu Hause leben und vielleicht ambulant gepflegt werden, soziale Kontakte quer durch die Kulturen oder einfach nur mit den Nachbarn über Gott und die Welt plaudern. Funktioniert dieses Durcheinander, so entsteht für die Gemeinde ein Mehrwert, der sich nicht in Franken und Rappen aufspalten lässt. Ältere Menschen treten später ins Pflegeheim. Kinder mit schwierigen Verhältnissen werden früh erfasst, begleitet und integriert, so dass sie in Beruf und Leben Fuss fassen können. Teilzeitarbeitende Eltern werden durch unkomplizierte Nachbarschaftshilfe entlastet und Wohlfühlen heisst doch oft auch einfach Kraft tanken können für den Alltag und hilft garantiert auch Burn-outs zu verhindern. Genau hier liegt der Vorteil für Kriens. Nach dieser eher soziokulturellen statt städtebaulichen Bestandesaufnahme möchte die SP-Fraktion auch betonen, dass sie das Pilotprojekt des Gemeinderates sehr begrüsst. Sie erhofft sich eine richtige Initialzündung für insgesamt acht aktive, starke und selbstständige Quartiere in Kriens. Nur ein Quartier aber zu betrachten reicht nicht aus. Aus ihrer Sicht bietet sich hier die Chance ein gut funktionierendes Quartier mit einem inaktiven Quartier zu vergleichen und so eine gute Grundlage für die Quartierentwicklung zu erarbeiten. Die SP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, diese Chance vehement zu packen und Kriens so zu fördern. Dass der dabei zu entwickelnde Quartierplan ganzheitlich neben den Gebäuden, Strassen oder Grünflächen auch die Quartiervereine umfasst, ist für sie selbstverständlich.

Gemäss Cyrell Wiget handelt es sich hier effektiv um ein Missverständnis. Der Vorstoss fordert eine Bestandesaufnahme der Quartierinfrastrukturen und verlangt Informationen zum Potential der bestehenden Infrastrukturen und räumlichen Gegebenheiten. Dazu hat der Gemeinderat Antwort gegeben. Man kann nun mit der Antwort zufrieden sein oder nicht, aber Cyrell Wiget kann auch aufzählen, was der Gemeinderat alles mit den Quartiervereinspräsidenten und Vereinen macht. Heute muss man darüber reden, was im Vorstoss steht.

Die CVP/JCVP-Fraktion nimmt laut Viktor Bienz den Bericht zum Postulat „Quartierstrukturen stärken“ positiv und als einen guten Bericht zur Kenntnis. Er gibt einen guten Einblick über die ausgeführten und geplanten Verbesserungen in den Quartieren. Die Langmattwiese ist ein gutes Beispiel für die Verbesserung der Quartierstrukturen. Sie ist stets gut besucht von Jung und Alt und ist nur positiv für das Quartierleben. Der Gemeinderat ist überzeugt, schon vieles gemacht zu haben und nimmt mit der Zentrumsüberbauung vieles in Angriff, was das Quartierleben stärken soll. Das Beizensterben in Kriens ist allerdings für die Quartierstrukturen ein negativer Aspekt. Ein Quartierentwicklungsplan mit einem Pilotquartier hat der Gemeinderat in

Aussicht gestellt, was die CVP-/JCVP-Fraktion gut findet. Sie nimmt den Bericht im gesamten positiv zur Kenntnis und wünscht dem Gemeinderat eine gute Hand, beim Lösen der Quartierprobleme.

Die SVP-Fraktion sieht laut Martin Zellweger das Anliegen des Postulanten grundsätzlich als berechtigt. Gestärkte Quartierstrukturen stärken grundsätzlich auch eine nachhaltige Entwicklung der Gemeinde. Was in dem Bericht vom Gemeinderat klar zum Ausdruck kommt, ist dass sich die Gemeinde in den letzten Jahren und vor allem im Moment mit der Zentrumsentwicklung beschäftigt und darauf konzentriert hat. Anscheinend gibt es deshalb wenig Spielraum für die Nicht-Zentrumsquartiere und entsprechend besteht auch Nachholbedarf. Dass sich der Gemeinderat auch aktiv mit der Nicht-Zentrumsentwicklung beschäftigt, ist nach Meinung der SVP-Fraktion zwingend. Allerdings darf es nicht darum gehen, neue Beschäftigungsfelder für grosse Investitionen zu suchen, sondern die Rahmenbedingungen zu prüfen und zu schaffen, so dass sich Quartiere in ihrer eigenen Verantwortung engagieren, einbringen und entwickeln können. Es ist auch im Bericht formuliert, dass erstmals eine Strategie niedergeschrieben und klar formuliert wird. Ein erster Schritt ist der Entwicklungsplan mit den Quartieren. Es wäre nun schade, wenn es im gleichen Rhythmus weitergeht und nur alle zehn Jahre ein Quartier angeschaut wird. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die Gewichtung der Nicht-Zentrumsanteile von der Gemeinde auch entsprechend zu betonen ist.

Beat Tanner dankt im Namen der FDP Fraktion dem Gemeinderat für die gute Zusammenfassung. Mit der Zentrumsplanung hat die Gemeinde Kriens einen grossen Stein in Bewegung gesetzt, um Begegnungsorte für Jung und Alt zu erstellen. Der Park auf der Langmattwiese ist ein sehr grosser Erfolg und sehr beliebt bei Kindern und Familien, auch weit über die Gemeindegrenzen von Kriens hinaus. Weiter wird für die Jugendlichen in Schappe Süd das Jugend- und Kulturzentrum erstellt und auch für die ältere Generation werden attraktive Wohnungen und Quartiertreffpunkte gebaut. Man orientiert sich an den vorhandenen Ressourcen, was von der FDP-Fraktion begrüsst wird. In der Vergangenheit hat die Gemeinde die Quartiere auch immer wieder bei Veränderungen miteinbezogen, was aus ihrer Sicht wichtig ist. Wichtig scheint aber auch, dass die Gemeinde die Quartiervereine unterstützt und nicht mit Vorgaben oder Bevormundung den freiwilligen Einsatz zu Grabe trägt und die Quartierarbeit verstaatlicht.

Die Grüne/GLP-Fraktion nimmt gemäss Leo Sigg den Bericht zum Postulat Spörri zur Kenntnis und hofft, dass der Gemeinderat sein formuliertes Vorgehen innert nützlicher Frist auch umsetzt. Denn vorliegend geht es nicht nur um Leuchtturmprojekte wie die Langmattwiese, welche eine tolle Sache ist. Gerade die Langmattwiese zieht über die Quartiergrenze hinaus viele Personen an und ist für das Quartier mit dem vielen zusätzlichen Verkehr auch eine Belastung. Sie begrüsst, dass in Zukunft alle städtebaulichen Massnahmen jeweils geprüft werden sollen und hofft, dass dies nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Die Grüne/GLP-Fraktion wird sicherlich in Zukunft Fragen zu diesem Thema haben und wird sich, nach den Erfahrungen in den letzten Monaten, nicht mit Antworten, man habe dies oder jenes abgeklärt, begnügen. Sie möchte jeweils konkrete Angaben haben, was abgeklärt wurde und was das Ergebnis war. Auch kleinere und unscheinbare Massnahmen können zur Belebung eines Quartiers beitragen. Dazu braucht es nicht grosse Investitionen, aber allenfalls ein Verzicht auf kleinere Einnahmen. Es ist zu beachten, dass sich beispielsweise Quartiertreffpunkte bzw. Quartiervereine Raummieten oftmals nicht leisten können. Die Betreuung solcher Treffpunkte erfolgt meist ehrenamtlich. Wenn die Gemeinde eine Erhebung vermietbarer Räume vornimmt, dient dies noch in keiner Weise der Belebung des Quartiers. Sondern wenn diese Räume frei zur Verfügung stehen würden, dann könnte man ein Quartier mit einfachen Mitteln beleben. Anders als bei Sportvereinen, welche im Übrigen selten Mitglieder aus den eigenen Quartie-

ren haben, sind die Leute im Quartier heute nicht bereit, für reine Treffpunkte zu bezahlen. Sie steigen lieber ins Auto und fahren an einen anderen Ort, wo sie sich gratis treffen können. Damit wird aber weder das Quartier belebt, noch der Zusammenhalt gefördert. Gute Wohnungen reichen für ein attraktives Quartier nicht aus. Die Grüne/GLP-Fraktion schaut den zukünftigen Aktivitäten des Gemeinderates gespannt entgegen.

Im Postulat wird der Gemeinderat gemäss Michael Portmann aufgefordert zu prüfen, wie die politische Vernetzung zu den Quartiervereinen intensiver gestaltet werden kann. Dabei steht der bessere Informationsaustausch, das Schaffen von Quartiertreffen und der professionelle Austausch zu den Behörden im Vordergrund. In der Begründung wird vor allem darauf eingegangen wie die Infrastruktur aussieht. Deshalb hat sich die SP-Fraktion erhofft, dass der Gemeinderat auch auf die Quartiertreffen eingeht. Sie dankt selbstverständlich für die Infrastrukturbetrachtung, wünscht sich aber auch das man die Menschen dahinter berücksichtigt und mitbetrachtet.

Yasikaran Manoharan hat den Vorstoss nochmals durchgelesen. Der Gemeinderat wurde aufgefordert zu prüfen, wie er die Quartierstrukturen stärken will. Unter einer Analyse stellt er sich vor, wie die Innenentwicklung eines Quartiers erfolgen kann. Vielleicht müssen auch Fragen beantwortet werden wie: Wo will der Gemeinderat die Quartierstrukturen in Kriens bewahren? Wo will er diese weiterentwickeln? Welche Quartiere könnte man allenfalls umstrukturieren? Wie kann nachbarschaftliches Engagement gefördert und unterstützt werden? Könnten gar architektonische Konzepte und Siedlungsstrukturen eine gute Nachbarschaft eines Quartiers fördern? Der Sprechende hätte gerne Antworten zu diesen Fragen erwartet. Er weiss, dass es wahrscheinlich keine Patentlösungen gibt, aber man müsste trotzdem auch an Morgen denken. Wie sehen die Quartiere in 15 – 20 Jahren aus? Wichtige Frage stellen sich ihm auch in Bezug auf neue Quartiere: Wie verankert man neue Quartiere in der Gemeinde? Wie geht man jetzt mit LuzernSüd um, welches auf einmal ca. 3'000 neue Anwohner hat? Wie kann man diese in eine Gemeinde mit 27'000 Einwohnern verankern, dass auch diese die Identität verspüren oder sich integriert fühlen? Auch auf diese Frage hätte er gerne eine Antwort gehabt. Vielleicht kann der Gemeinderat dazu noch Stellung nehmen.

Gemäss Cyrrill Wiget ist der Gemeinderat wohl etwas auf die falsche Fährte geraten, wenn der Postulant in erster Linie eine Antwort über die Kontakte zu den Präsidien und zu den Quartiervereinen haben wollte. Der Gemeinderat pflegt den Kontakt zu den Quartiervereinen sehr intensiv. Jährlich findet eine Präsidentenkonferenz statt, wo sich alle Präsidenten untereinander austauschen können, ohne Anwesenheit des Gemeinderates. Sie sammeln Themen und schauen wo der Schuh drückt, damit diese bei einer zweiten Konferenz dem Gemeinderat mitgeteilt werden können. Der Gemeinderat delegiert jeweils zwei Gemeinderäte, nämlich diejenigen, welche es am meisten betrifft. Dies ist ein guter Austausch. Leider kann der Gemeinderäte damit nicht erreichen, dass jedes Quartier auch einen eigenen Quartierverein hat. Die Quartiervereine werden nicht staatlich organisiert, sondern diese werden erst vom Gemeinderat unterstützt, sobald er auch ein Engagement in einem Quartier verspürt. Der Gemeinderat erhält jeweils auch eine Einladung zur jährlichen Generalversammlung. Dort können auch weitere Fragen von den Quartiervereinen eingebracht werden. Der Gemeinderat hat unter dem Begriff der Quartierinfrastrukturen verstanden, dass es vor allem um die räumliche Analyse der Quartiervereine geht. Der Sprechende möchte den Einwohnerrat gerne an die Strategie des Gemeinderates erinnern. Die Gemeindeverwaltung hat knappe finanzielle und personelle Ressourcen. Aufgrund der Zentrumsplanung wurde auch viel Dringendes zurückgestellt, weil man sich darauf fokussiert hat. Bei dieser Abstimmung bestanden damals grosse Bedenken. Wenn man so eine Strategie fährt, ist es logisch, dass das Eine oder Andere in Etappen umgesetzt werden muss. Ansonsten hätte der Gemeinderat Stellen beantragen müs-

sen, welche der Einwohnerrat nie bewilligt hätte. Wenn der Gemeinderat in letzter Zeit ein Quartierbüro einrichten lassen wollte, hätte der Einwohnerrat nur gelacht. Deshalb ging es in diesem Bericht darum aufzuzeigen, was der Gemeinderat im Zusammenhang mit der Zentrumsplanung und dem was im Umfeld passiert ist, betreffend Quartierstrukturen und Treffpunkte geschaffen hat. Da ist bei Weitem nicht nur die Langmattwiese zu erwähnen, sondern auch der Badi-Park, welcher im Winter genutzt werden kann sowie das neue Kulturzentrum. All diese Sachen lösen etwas Positives aus. Bei den Nicht-Zentrumsquartieren bedeutet es relativ viel Aufwand. Deshalb kann der Gemeinderat sich erst nach der Zentrumsplanung an das nächste Quartier heranmachen, was wahrscheinlich erst im 2018 sein wird. Die zweite Schwierigkeit hat Yasikaran Manoharan mit LuzernSüd angesprochen. Dort ein Quartier entstehen zu lassen und nicht zu einer Trabantenstadt verkommen zu lassen, ist eine Herkules-Arbeit. Es muss wahrscheinlich auch das Eine oder Andere zurückgestellt werden. Aufgrund der LSO, der Musikhochschule und dem Südpol gibt es in diesem Gebiet Synergien im kulturellen Leben, was zur Belebung eines solchen Quartiers beitragen kann. Aber auch dieses Quartier muss zuerst wachsen und Leben rein kommen. Das sind alles sehr komplexe Prozesse, die nicht unterschätzt werden dürfen. Insofern ist der Vorstoss goldrichtig, denn er macht darauf aufmerksam, was gemacht werden muss. Gleichzeitig muss man aber auch sehen, wie aufwendig das es ist, wenn man diese Ziele verfolgen möchte und man weiss, mit welchen finanziellen und personellen Ressourcen die Gemeindeverwaltung unterwegs ist.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

7. Beantwortung Interpellation Graber: Angebote KITAS in Kriens Nr. 005/16

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Raphael Spörri fragt die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Kathrin Graber wünscht eine Diskussion.

Raphael Spörri stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Kathrin Graber kommt den KITAS als familienergänzende Kinderbetreuung und als Unterstützung, das beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nachgehen können, eine sehr wichtige Rolle zu. Wie sie im Vorstoss mehrmals geschrieben hat, und auch allen klar ist, soll der Markt grundsätzlich bestimmen, wo wie viele KITAS in der Gemeinde Kriens zu stehen kommen. Trotzdem scheint es ihr, dass es sich der Gemeinderat doch etwas einfach macht, wenn er sich in der Beantwortung des Vorstosses überall auf den freien Markt beruft. Immerhin müsste doch der Gemeinderat einen Überblick haben, ob genügend KITA-Plätze zur Verfügung stehen oder ob, wie aktuell, zirka 30 Plätze nicht besetzt sind. Zudem besteht aufgrund eidgenössischer Verordnung eine Aufsichts- und Bewilligungspflicht der Standortgemeinde. Weiter müssen die KITAS einen Finanzplan einreichen und hier kann sein, dass man darauf stösst, dass die Schätzungen der KITAS unter Umständen nicht stimmen. Auch bei den periodischen Bewilligungen, Bestätigungen und Besuchen vor Ort von der Gemeinde, wie in der Antwort 5 umschrieben, hat die Gemeinde die Möglichkeit, sich einen Überblick zu ver-

schaffen, ob die Nachfrage nach KITA-Plätzen gedeckt wird oder eben nicht. Kathrin Graber dankt dem Gemeinderat für die Antworten. Sie zeigen verständlich auf, wie das Prozedere abläuft, welche Möglichkeiten der Gemeinderat hat und ermöglicht den Einwohnerräten, die Bevölkerung richtig darüber zu informieren, falls es wieder zu Fragen bei dieser örtlichen Häufung der KITAS kommen sollte.

Das Angebot der KITAS findet die SVP-Fraktion laut Hans Fluder grundsätzlich eine gute Einrichtung. Die Mütter können nach dem Mutterschaftsurlaub wieder in den Arbeitsprozess eingebunden werden. Nach sechs bis sieben Jahren ist es in gewissen Berufen schwierig wieder Fuss zu fassen. Da die KITAS frei wählbar sind, ist es nicht relevant, wo die KITAS ihren Standort haben. Die Eltern können frei entscheiden, wo sie ihre Kinder während der Arbeitszeit platzieren. Für die Gemeinde entstehen die Kosten der Betreuungsgutscheine, welche die Eltern beziehen können. Das Angebot mit rund 50 Kindertagesstätten in der Region Luzern sieht sie als ausreichend. Ein gutes Beispiel hat das neue Alters- und Pflegeheim in Emmen, das eine eigene KITA für ihre Mitarbeitenden zur Verfügung stellt. Solche Projekte wären für grössere Firmen sinnvoll und der Bund, Kanton und die Gemeinden könnten Kosten sparen.

Gemäss Erwin Schwarz, FDP-Fraktion, spielt bei den KITAS der freie Markt und das ist nach Meinung der FDP-Fraktion gut so. Anbieter können ihre KITAS dort aufstellen wo sie wollen und die Eltern können ihre Kinder ebenfalls dorthin bringen wo sie wollen. Die Antwort des Gemeinderates ist umfassend und braucht keine weiteren Ergänzungen.

Der SP-Fraktion ist es laut Michael Portmann ebenfalls wichtig, dass man Menschen auf dem Weg zu einem selbstständigen, selbstbewussten und selbstverantwortlichen Leben unterstützt. Im Kindergarten und in der Schule wird immer wieder sichtbar, wie in dieser Lebensphase, noch mit verhältnismässig wenig Aufwand, die Weichen für das spätere Leben richtig gestellt werden können. Dass dabei viel später höhere Beiträge bei den Steuern und weniger Kosten in der Sozialhilfe anfallen ist nur nebenbei bemerkt. Heute arbeiten in vielen Familien beide Eltern Teilzeit und teilen sich die Familienarbeit. Es wäre volkswirtschaftlich auch widersinnig, wenn bestens und teuer ausgebildete Frauen nur fürs Erziehen der Kinder zuständig sind. Sind die Grosseltern nicht in der Nähe, wollen oder können sie die Kinderbetreuung in kritischen Zeiten nicht übernehmen, so können solche Familien buchstäblich zerbrechen. Hier hilft das Angebot der KITAS die Eltern zu entlasten. Wer nutzt die KITAS? Warum gibt es im Obernau keine KITA? Wieviel Autoverkehr liesse sich mit einer KITA im Obernau verhindern? Wie viele Familien organisieren sich mit Grosseltern oder mit anderen Familien, d.h. ohne KITA? Das sind viele Fragen, mit denen sich auch Kriens beschäftigt. Der SP-Fraktion ist wichtig zu wissen, dass Kriens und der Gemeinderat sehr viel unternimmt, um auch die Stufe KITA in den Lebensweg von der Wiege bis hin zur Berufsbildung miteinzubeziehen. Finanzschwächere Familien werden beispielsweise gezielt mit Betreuungsgutscheinen unterstützt, Frühförderung in der KITA mit der Stufe Kindergarten will man koordinieren und mit Bewilligungsverfahren prüft man die Qualität der KITAS. Dies alles obwohl die KITAS eigentlich rein privatwirtschaftlich organisiert sind und man das eigentlich gar nicht machen muss. Die SP-Fraktion ist überzeugt, dass man auch hier zu einem modernen, urbanen und starken Kriens unterwegs ist und dankt allen, die sich für die Kinder und die Zukunft einsetzen.

Erich Tschümperlin dankt im Namen der Grüne/GLP-Fraktion dem Gemeinderat für den guten Überblick und insofern auch der CVP für diesen Vorstoss. Wie Erwin Schwarz gesagt hat, können Anbieter ihre KITAS aufstellen wo sie wollen. Die Eltern jedoch können die Kinder nicht hinbringen wo sie wollen, sondern dort, wo es eben KITAS hat. Hier wäre manchmal eine Lenkung wünschenswert, wie Michael Portmann anhand vom Beispiel Obernau gezeigt

hat. Es nützt nichts, wenn alle im Zentrum sind. Manchmal wäre es gut, es hätte auch irgendwo anders ein Angebot. So gesehen glaubt die Grüne/GLP-Fraktion, dass es marktwirtschaftlich geregelt ist, aber nicht ganz alle Probleme löst. Der freie Markt regelt eben leider nicht immer alles.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass das Bildungs- und Kulturdepartement diese Aufgabe per 1. September 2016 übernommen hat und sich die Mitarbeiter zuerst in diese Materie einarbeiten müssen. Selbstverständlich ist es im Interesse des Gemeinderates, dass Frauen wieder ins Berufsleben zurückkehren bzw. im Berufsleben bleiben können. Die Entscheidung, ob sie ihre Kinder in die Betreuung schicken wollen, liegt bei den Familien. Jemand der eine KITA eröffnen möchte, kann bei der Gemeindeverwaltung betreffend Bedarf anfragen. Seit dem 1. September 2016 ist jedoch keine solche Anfrage eingegangen. Die kürzlich neu eröffneten KITAS, wie die in LuzernSüd, haben sich nicht gemeldet. Diese haben eröffnet und anschliessend wurden die Bewilligungsdokumente eingereicht. Auf der Homepage der Gemeinde ist auch ersichtlich, wo sich die KITAS befinden. Selbstverständlich hat die Gemeinde eine Qualitätskontrolle, welche sie auch ernst nimmt. Es wurde angeschaut, wie man die Qualitätskontrolle organisieren wird, in welchem Rhythmus und wer diese macht. Diese Fragen wurden geklärt und die Qualitätskontrolle hat der Gemeinderat im Griff. So kommt die Gemeinde der Aufsichtspflicht nach. Judith Luthiger-Senn kommt nun auf die Frage zu sprechen, weshalb es im Obernau keine KITA gibt. Die Gemeinde Kriens ist zuständig für die Betreuung von Kindergartenkinder und Schulkinder. Momentan besteht keine obligatorische Pflicht für Kinder von drei Monaten bis zum Kindergarten. Die Betreuungsgutscheine kommen hier zum Zug, die sehr gut funktionieren. Familien mit kleinen Einkommen holen diese Betreuungsgutscheine ab. Die Kontrolle, ob Familien Anrecht haben, erfolgt sehr exakt. Diese Zahl nimmt zu und hier gibt es noch Bedarf. Der Gemeinderat ist am Ausarbeiten eines Konzepts für Frühförderung. Hier gibt es automatisch Fragen im Bereich der Tagesstrukturen. Die Bevölkerung kann auf den Gemeinderat zukommen, wenn ein Bedürfnis besteht. So kann diese Information den KITAS gestreut werden, die vielleicht auch an einem anderen Ort eine Station errichten möchten. Solche Anliegen nimmt der Gemeinderat gerne auf. Das ist sicherlich eine Möglichkeit, mit der man positiv einwirken kann, dass weitere KITAS entstehen können. In LuzernSüd findet ein grosses Wachstum statt. Dort gibt es Ansiedlungen von grösseren Firmen wie z.B. die Swisscom, welche mit einer grossen Belegschaft dorthin kommt. Wenn man vorausschauend und marktwirtschaftlich denkt, dann kann man davon ausgehen, dass es dort auch Betreuungsplätze braucht. Dort gibt es vielleicht Mütter oder Väter, die ihr Kind in die Betreuung bringen, arbeiten gehen und dann wieder nach Hause gehen. Die neu eröffnete KITA in LuzernSüd hatte vielleicht solche marktwirtschaftlichen Gedanken.

8. Postulat Büchi: Prüfung Heim-Neubau auf Areal Zunacher Nr. 026/17

Gemäss Raphael Spörrli opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Cla Büchi musste in den letzten Wochen erfahren, was es heisst, sich öffentlich zu exponieren. Er hat gemerkt, dass es einiges auszuhalten gilt. Aber er findet, es muss möglich sein, über ein Anliegen sachlich diskutieren zu können, ohne gleich verurteilt zu werden. Im Bericht zur „Machbarkeitsstudie Grossfeld“ aus dem Jahre 2011 wird folgendes ausgesagt: *„Einen Erweiterungsbau auf dem Gelände „Zunacher“ ist möglich. Die Kosten für 80-100 Pflegezimmer mitsamt den benötigten Infrastrukturgänzungen schätzen wir aufgrund der auf indexierten Kosten von „Zunacher 2“, exkl. Grundstückskosten (BKP 1-9) auf ca. 29-34 Mio. Franken.*

Der bestehende Aussenraum wird jedoch durch diesen Neubau massiv eingeschränkt, ob ein solch grosses Bauvolumen für dieses Grundstück noch verträglich ist, müsste wahrscheinlich durch einen Studienauftrag geklärt werden.“ Es ist also festzuhalten, das Büro für Bauökonomie hat keine Machbarkeitsstudie erstellt und es wurde auch später keine in Auftrag gegeben, um die sinnvolle Integration einer Erweiterung auf dem Zunacher-Areal zu prüfen. Das Büro für Bauökonomie ist auch kein Planungsbüro, sondern ein Büro, das für Planungsbüros Ausschreibungen erstellt, Kosten berechnet und kontrolliert. Darum haben sie auch die allfälligen Kosten für eine Erweiterung abschätzen können. Und diese sind 20-25 Mio. Franken tiefer als die für einen Neubau im Grossfeld. Auch wenn man noch die rund 20 Pflegezimmer, die es zusätzlich benötigt, aufrechnet, käme eine Lösung im Zunacher immer noch ca. 15 Mio. Franken günstiger. Dazu gewinnt man noch das Grundstück Grossfeld für neue Nutzungen. Zu denen könnten auch die fehlenden Wohnungen mit Dienstleistungen fürs Alter gehören. Die Abgabe des Grundstücks Grossfeld im Baurecht würde dadurch Millionen von Franken in die Gemeindekasse spülen. Kriens ist finanziell nicht auf Rosen gebettet und ist dringend darauf angewiesen, mit ihrem Geld und Boden haushälterisch umzugehen. Darum ist es für Cla Büchi nicht verständlich, dass man wenigstens nicht geprüft hat, ob das Zunacher erweitert werden kann. Und es stört sein Rechtsempfinden, wenn man suggeriert, dass man genau das mit einer Machbarkeitsstudie gemacht hat, aber die Studie schlichtweg nicht vorhanden ist. Es geht um viel Geld, nämlich 54 Mio. Franken und die Schätzung liegt immerhin sechs Jahre zurück. Dann will der Sprechende auch darauf hinweisen, dass 2014 das neue Raumplanungsgesetz in Kraft getreten ist, das einen haushälterischen Umgang mit dem Boden und die Verdichtung nach innen verlangt. Cla Büchi ist an den Architekten gelangt, der die Heime Zunacher 1 + 2 gebaut hat, um zu erfahren, ob er eine Erweiterung als prüfenswert erachtet. Er hat das bejaht und zusammen haben sie eine mögliche Lösung aufskizziert, ohne den Fortbestand des grosszügigen Aussenraums zu beeinträchtigen. Eine Erweiterung wäre z.B. folgendermassen möglich: Eine Aufstockung von einem Geschoss auf dem Zunacher 2, ein Neubau entlang der Horwerstrasse und ein Anbau an das Zunacher 1. Der Anbau und der Neubau sind nur mit vier Geschossen gerechnet. Damit kommt man auf 110 Zimmer. Problemlos könnte man den Neu- und Anbau auch ein Geschoss höher bauen, was zusätzliche 20-30 Zimmer ergeben würde. Dabei könnten der Park, die Scheune, die Voliere und das Kinderhaus bestehen bleiben. Der Gemeinderat schreibt von einer Ghettoisierung beim Zunacher. In Luzern spricht mit dem Eichhof, dem Staffelnhof oder anderen ähnlich grossen Alterszentren niemand von Ghettoisierung. Und es ist nicht so, dass das Zunacher irgendwo in der Peripherie von Kriens liegt. Das Zunacher wie das Grossfeld liegen im Zentrum von Kriens. Die Distanz zwischen diesen zwei Standorten beträgt gerade mal 250 Meter. Cla Büchi will noch mal betonen, dass er mit seinem Postulat nur eine unvoreingenommene Prüfung einer Erweiterung des Zunachers verlangt, nicht mehr und nicht weniger.

Die KBSG hat laut Erwin Schwarz das Geschäft diskutiert und lehnt das Postulat mit einem Stimmenverhältnis von 7:1 ab. Die vorherrschende Meinung war, dass auf die Nachteile dieses Standortes bereits im Bericht von 2011 hingewiesen wurde und sich seither nichts geändert hat. Der Hinweis oder Ausdruck einer Ghettoisierung in Zusammenhang mit betagten Menschen wurde als störend empfunden. Eine verdichtete Bauweise sollte bei Betagtenheimen nicht angewendet werden.

Die CVP/JCVP Fraktion ist gemäss Anita Burkhardt-Künzler gegen eine Überweisung dieses Postulats. Es besteht bereits ein 45-seitiger Bericht zu dieser Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2011. Auch wenn diese nur durch ein Büro für Bauökonomie durchgeführt wurde, ist sie sicher nicht minderwertig. Es wurden dazu drei Workshops durchgeführt, der Gemeinderat tagte in zwei Klausuren dazu und von „Altervia“ wurden unter Einbezug der pflegetechnischen Bereiche diverse Nutzungsvarianten ausgearbeitet. Selbst die Hochschule Luzern arbeitete ein Versorgungskonzept „Gesundheit und Alter in Kriens“ aus. All dies zu wiederholen macht

ihres Erachtens überhaupt keinen Sinn. Die damalige Studie zeigte klar auf, dass eine Aufstockung des Zunacher 2 nicht möglich ist, da die Statik bei den vorhandenen vier Stockwerken bereits voll ausgereizt ist. Ausserdem wurde der Standort Zunacher abgeklärt und verworfen. Ein Bau mit 80 – 100 Betten auf der Liegenschaft Zunacher wäre zwar machbar, der Kostenpunkt belief sich damals auf ca. 29 - 34 Mio. Franken. Aber es müssten die bestehenden Infrastrukturanlagen wie Küche, Wäscherei, Cafeteria etc. erweitert werden, da diese nur auf die aktuelle Grösse der Pflegeheime Zunacher und Kleinfeld ausgelegt sind. Durch diese Erweiterungen würde zwangsläufig der Freiraum auf den Liegenschaften Zunacher übermässig eingeschränkt. Das würde bedeuten, dass ca. 280 bis 310 ältere Menschen am gleichen Ort sind und ein stark verkleinerter Park mit weniger Grünflächen für mehr Senioren zur Verfügung steht. Für die häufig in der Mobilität eingeschränkten Seniorinnen und Senioren ist der Park oftmals der einzige Ort, an dem sie selbständig oder in Begleitung ins Freie gehen können. Deshalb ist der Park bei den Bewohnern sehr beliebt und wird auch von auswärtigen Personen, häufig Familien mit kleinen Kindern, gerne besucht. Ausserdem müsste im Vorschlag von Cla Büchi das umgebaute Kleinfeld, in welchem sich betreute Wohngruppen für demenzkranke Menschen befinden, einem Neubau weichen. Diese Zimmer können heute selber möbliert werden. In einem heimelig eingerichteten Wohn- und Küchenraum können die Bewohner den Tätigkeiten wie Kochen und Abwaschen nachgehen. Die Räume sind so eingerichtet wie anno dazumal, damit sich die Bewohner besser zu recht finden. Dies soll alles geopfert und ghettoisiert werden? In der Machbarkeitsstudie wurde der Standort Grossfeld klar favorisiert, auf welchem ausserdem auch weitere alternative Wohnformen realisiert werden können, was wiederum auf dem Zunacher-Areal unmöglich ist. Des Weiteren liegt das Areal Grossfeld in der Nähe von Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Post, Bank, Arzt, ÖV, neuem Verwaltungszentrum usw. 250 Meter sind für ältere betagte Menschen keinen Pappenstiel. Dies ist eine ideale Voraussetzung für die Betagten, all diese Dienstleitungen selbständig zu erreichen. Gerade das autonome Leben wollen sich betagte Menschen unbedingt erhalten. Das sah auch der Einwohnerrat 2011 so. Damals setzten sich speziell die Grünen und die SP mit ihren Voten von Bruno Bienz und Brahim Aakti, gegen eine Aufstockung auf die Gebäude Zunacher ein. Dies mit der Begründung, es führe zu einer „Ghettoisierung“ der Alters- und Pflegeplätze, was dem im Versorgungskonzept enthaltenen Prinzip der Integration statt Separation widerspricht. Zudem kann die CVP/JCVP-Fraktion dem Postulat von Cla Büchi nicht entnehmen, welche neuen Erkenntnisse sich der Postulant von einer weiteren, teuren Machbarkeitsstudie verspricht. Ausserdem könnte die Denkmalpflege das Alters- und Pflegeheim Grossfeld wieder als erhaltens- oder schutzwürdige Baute qualifizieren, sollte die Gemeinde Kriens die Liegenschaft Grossfeld nicht für die Altersversorgung nutzen. Somit hätte Kriens ein unter Denkmalschutz gestelltes Gebäude, das nicht genutzt werden kann, eine Menge Geld verschlingt und dies an bester Lage. Beim Abstimmungskampf zum Zentrum Kriens wurde den älteren Bewohnern das Versprechen abgegeben, dass als nächstes die Senioren mit dem dringend benötigten Altersheim zum Zuge kommen. Dabei löst diese nach Erachtens der CVP/JCVP-Fraktion überflüssige Machbarkeitsstudie nur wieder unnötige Verzögerungen aus und kostet die arg gebeutelte Gemeinde viel Geld. Die Quintessenz daraus wäre ein Altersghetto Zunacher, in welchem die älteren Menschen Gefahr laufen nicht die versprochene gleichbleibende Qualität der Pflege zu erhalten, welche erst kürzlich in diesem Gremium bei der Verselbständigung der Heime Kriens hochgehalten wurde. Die CVP/JCVP Fraktion ist wie schon zu Anfang ausgeführt gegen eine Überweisung des Postulats.

Die SVP-Fraktion hat sich laut Räto Camenisch sehr lange zu diesem Vorstoss Gedanken gemacht. Zuerst konnte sie sich den Argumenten der CVP/JCVP anschliessen, weil man noch einen Bericht und einen Beschluss von früher hat. Dann hat sie sich aber gefragt, wieso kommt Cla Büchi eigentlich auf das? Wahrscheinlich hat er sich als Architekt auch darüber schlaue gemacht. Er hat es vorhin bereits erwähnt, dass er sich sogar mit Herrn Bauer in Verbindung gesetzt hat. Wenn man länger darüber nachdenkt, muss man sagen, dass die Idee gar nicht so schlecht ist. Warum geht man dieser Idee nicht nach? Erstens hätte man noch ein

freies Feld für andere Nutzungen zur Verfügung oder auch um Geld zu machen, weil man dort investieren muss. Kriens ist eine arme Gemeinde mit Finanzproblemen. Das würde nebst dem billigeren Bau, dem Finanzproblem von dieser Gemeinde etwas Luft geben. Dann fällt das Argument vom schützenswerten Bau. Wieso ist das Gebäude in der Hand der Gemeinde nicht schützenswert und dann kann man es abreißen? Aber wenn das jemand anders macht, dann ist das Gebäude plötzlich schützenswert. Das wäre grandios, wenn es schützenswerte Bauten à la Carte gibt. Entweder ist ein Bau schützenswert oder nicht. Das ist ein Pseudoargument und prüfen sollte man das wirklich. Dass eine Aufstockung nicht möglich sein soll, kann die SVP-Fraktion nicht glauben. Wenn Cla Büchi mit Herrn Bauer redet und er meint, dass dies möglich ist, dann wird das auch so sein. Da werden auf der Welt ganz andere Probleme baulicher Art gelöst, als ein Gebäude zu verstärken und dann aufzustocken. Für die SVP-Fraktion sind das Schein-Argumente. Er kommt nun zur Ghettoisierung. Mehr Ghetto als jetzt hat man dann auch nicht. Es steht einfach ein Bau mehr dort, aber ein Altersheim darf an nur einem Standort sein, denn das ist auch arbeitstechnisch richtig. Es ist nur eine Frage der Gestaltung. Das ist kein echtes Argument und gemäss dem Vorschlag von Cla Büchi bleibt der Garten erhalten. Es geht jetzt nicht darum eine Kehrtwende zu machen, sondern um den Planungsauftrag. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass man das mindestens einmal prüfen sollte, nicht zuletzt weil man damit enorm Geld sparen und eventuell sogar etwas desinvestieren kann, sei es als Verkauf oder sei es im lukrativen Baurecht. Es ist nicht immer die Erste die beste Lösung, sondern die Lösung, die man durchdenkt. Schon das Denken zu verbieten, findet der Sprechende schlecht. Die SVP-Fraktion wird zustimmen.

Die FDP-Fraktion lehnt gemäss Beat Tanner die Überweisung des Postulates ab. Die Abklärungen betreffend Heim-Neubau auf dem Areal-Zunacher wurden bereits in früheren Studien und Planungsberichten überprüft. Die Abklärungen haben ergeben, dass ein Neubau auf der Liegenschaft Zunacher den Freiraum und die Liegenschaft zu stark einschränkt und die Gefahr der Übernutzung besteht. Weiter würde die Gefahr bestehen, dass die kantonale Denkmalpflege auf ihren Entscheid, die Liegenschaft Grossfeld nicht unter Denkmalschutz zu stellen, zurückkommen würde. Die Denkmalpflege stuft das öffentliche Interesse im Moment, an dieser zentralen Lage für die künftige Altersversorgung, höher ein. Eine Unterschutzstellung würde die Gemeinde Kriens einiges Kosten und die künftige Nutzung wäre nicht klar und könnte wohl auch nicht rentabel bewirtschaftet werden. Daher soll der eingeschlagene Weg weiterverfolgt werden.

Die Grüne/GLP-Fraktion war laut Bruno Bienz schon im Jahr 2011 dagegen und ist es auch klar jetzt noch. Sie hält eine Verdichtung auf dem Areal Zunacher als kontraproduktiv und für die Bewohner als massive Qualitätseinbusse. Auch wird mit dem Postulat den Heimbewohnern nach Ansicht der Grüne/GLP-Fraktion zu wenig Beachtung geschenkt. Die Bewohner der Heime Zunacher 1 + 2 und Kleinfeld sind auf eine Naherholungszone angewiesen, da sie immer weniger mobil sind und ihre Bewegungsfreiheit aus gesundheitlichen Gründen stark eingeschränkt ist. Schlussendlich zahlen die Bewohner und Bewohnerinnen auch nicht wenig Geld für ihren Aufenthalt. Sie haben also auch einen Anspruch darauf, dass etwas Schönes dort steht. Die vorher gezeigte Zeichnung von Cla Büchi ist nicht kongruent mit dem, was im Postulat abgebildet ist. Will man in Zukunft die Heimbewohner mit einer Virtual-Reality-Brille ausstatten, dass sie den Garten so sehen? Bruno Bienz ist der Meinung, dass der Zunacherpark mit den Tieren von Jung und Alt rege benutzt wird. Es kann auch nicht das Ziel sein, den Ersatz des Grossfeldes noch weiter in die Länge zu ziehen. Man braucht die Betten lieber heute als morgen. Schon zu lange wurde dieses Projekt hinausgezögert. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist sicher der Denkmalschutz. Es ist nicht abzusehen, was der Denkmalschutz macht, wenn man den Ersatz nicht auf dem Grossfeldareal baut. Dann kann es passieren, dass sie auf ihren Entscheid zurückkommen und das Grossfeld doch noch unter Schutz gestellt wird. Dann hat man noch ein Gebäude, das man sanieren muss und dies wird sicher

teurer. Die Grüne/GLP-Fraktion geht mit dem Postulanten einig, dass mit Boden und Geld haushälterisch umgegangen werden muss. Das heisst für sie aber nicht, dass jede Grünfläche im Zentrum verbaut werden soll. Es kann nicht sein, dass man im Namen der Verdichtung jeden Quadratmeter verbaut und die Lebensqualität laufend verschlechtert. Ihrer Meinung nach muss bei einer Verdichtung ein gesundes Mass gefunden werden. Hier ist es zu viel des Guten.

Gemäss Cla Büchi haben Anita Burkhardt-Künzler und Beat Tanner wieder diese Machbarkeitsstudie zitiert. Diese wurde nur über das Grossfeld gemacht und es gibt keine zum Zunacher. All das, was zitiert wurde, ist von der Machbarkeitsstudie Grossfeld. Dazumal hat man dies sehr gut und umfangreich geklärt, aber es ging nicht ums Zunacher, sondern ums Grossfeld. Die Machbarkeitsstudie Zunacher gibt es schlichtweg nicht. Als er das Postulat geschrieben hatte, fügte er dem Bericht den Plan aus der Machbarkeitsstudie Grossfeld bei. Erst nach Einreichung des Vorstosses nahm der Sprechende mit dem Architekten Kontakt auf und so ergab sich der neue Plan, welcher er mit dem Architekten skizziert hat. So wie es der Plan vom Bericht darstellt, geht es nicht. Gemäss diesem Plan wird die gesamte Aussenfläche kaputt gemacht. Mit dem Architekten wurde dann festgestellt, dass es noch anders möglich ist, nämlich ohne die Zerstörung der Grünfläche und des Hofes. Cla Büchi findet es weiter seltsam, dass man nun zwei Sachen vermischt. Das Kulturobjekt Grossfeld wird mit dem Heimneubau vermischt. Es kann nicht sein, dass man ein Heim irgendwo baut, sodass man ein Kulturobjekt wegbekommt. Diese Vermischung ist eine ganz seltsame Geschichte.

Laut Davide Piras ist dort der Hund begraben. Man schaut Kausalitäten an. Was passiert mit den nächsten Entscheidungen? Was passiert mit dem Grossfeld, wenn man beim Zunacher beginnt zu bauen? Dieser Gedanke muss man miteinbeziehen. Man darf sich lange nicht mehr nur auf ein Objekt fokussieren. Man muss vernetzt denken und sich fragen, welche Konsequenzen unsere Entscheidungen haben. Beim Grossfeld ist nun mal der Denkmalschutz dahinter. Dieser Punkt muss man ganz klar miteinbeziehen. Wenn man das isoliert macht, dann sieht es wahrscheinlich anders aus, aber das steht in einem Zusammenhang.

Gemäss Rolf Schmid verbietet hier drin niemand das Denken. Man darf nicht ausser Acht lassen, dass jetzt ein zusätzliches Denken, nachdem das sehr viel und lange gemacht wurde, in Bezug auf eine neue Machbarkeitsstudie einfach sehr viel Geld und Zeit kostet. Ein Argument, welches von der SVP auch immer wieder ins Feld geführt wurde, wenn an anderen Orten gedacht werden sollte. In diesem Sinne hat man die Zeit und das Geld nicht, um das noch länger zu verzögern. Es muss jetzt dringend vorwärts gemacht werden und die Versprechen, die man der Bevölkerung bei der Abstimmung „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“ gemacht hat, auch versuchen umzusetzen.

Ein weiterer Grund weshalb die Grüne/GLP-Fraktion dieses Projekt nicht unterstützt ist laut Erich Tschümperlin, dass dann mehr Leute dort wohnen werden und ein Teil der Grünfläche verloren geht. Auf dem Plan vom Postulat sieht man noch einen Block für die Infrastrukturbauten. Davon benötigt es auch noch mehr. Der Druck auf die Grünflächen wird noch grösser. Sie werden kleiner und es hat viel mehr Bewohner. Das unterstützt die Grüne/GLP-Fraktion nicht. Grünflächen sind extrem wichtig. In der Begründung vom Denkmalschutz steht, dass man auf Grund des höheren Interesses der Gemeinde, auf eine Unterschutzstellung verzichtet. Das ist eine klare Aussage. Wenn das Grossfeld unter Schutz ist und man es nachher verkaufen oder im Baurechtszins abgeben möchte, wird dies schwierig und auch teuer. Es sind viele Abklärungen getroffen worden. Die Dinge wurden gut analysiert und auch wenn es fünf Jahre zu-

rückliegt, denkt der Sprechende, dass diese Rahmenbedingungen nicht zu einem anderen Resultat führen werden.

Lothar Sidler bedankt sich für die intensive Diskussion. Der Einwohnerrat setzt sich mit dieser Problematik auseinander und lässt sich nicht einfach vom Vorschlag verleiten. Der Gemeinderat ist sehr froh, wenn man heute Nägel mit Köpfen machen könnte und sagt, was der Einwohnerrat möchte. Der Gemeinderat hat schon mehrmals auf den jetzigen sehr prekären Zustand vom Grossfeld hingewiesen. Das Grossfeld ist baufällig. Diejenigen die es nicht glauben, können kürzlich geschossene Fotos anschauen. Die Fotos wurden gemacht, weil ein Abwasserrohr gebrochen ist und mehrere Zimmer während Wochen geräumt werden mussten. Es mussten neue Abwasserrohre verlegt werden, damit das Grossfeld wieder brauchbar war. Das ist ein Grund, wieso man beim Grossfeld dringend etwas machen muss. Das Richtige wäre, das Grossfeld abzureissen und etwas Neues hinzustellen. Bruno Bienz hat es im Jahr 2011 schon richtig gesehen, dass es ist dringend nötig ist etwas zu gestalten und vorwärts zu machen. Wenn man zum Postulat von Cla Büchi ja sagt, dann bedeutet dies eine weitere Verzögerung und diese sollte sich die Gemeinde nicht mehr leisten. Cla Büchi verlangt, dass man abklärt, ob man auf der Liegenschaft Zunacher und Kleinfeld ein neues Heim, anstelle vom Heim im Grossfeld erstellen könnte. Er möchte auch, dass man die Kosten neu berechnet. Er hat nun mit einem Plan dargelegt, dass es machbar ist. Alle Fragen, ob, für wie viele Plätze und zu welchen Kosten, man es machen könnte, das wurde bereits abgeklärt. Seinerzeit hat man festgehalten, dass es 29-34 Mio. Franken kostet und für 80-100 Personen möglich ist. Das hat allen Einwohnerräten seinerzeit als Antwort gereicht. Wenn man mehr gewollt hätte, um eine Beurteilung zum Grossfeld oder Zunacher vorzunehmen, dann hätte man dann sagen müssen, dass es zu wenig ist. Das hat man dazumal nicht gemacht. Nun sechs Jahre später zu kommen und zu sagen, das es zu wenig ist, ist nicht gut. Das würde auch heissen, dass seinerzeit der Einwohnerrat aufgrund ungenügender Unterlagen einen Entscheid gefällt hat und es also ein unüberlegter Entscheid war. Ob man solche Zeichen der Bevölkerung auf den Weg geben möchte, dass der Einwohnerrat auf ungenügenden Unterlagen einen Entscheid gefällt hat, sollte man nicht. Der Gemeinderat hat mehrfach darauf hingewiesen, dass es die Kernaufgabe der neuen Aktiengesellschaft sein sollte, dass im Grossfeld ein neues Heim gebaut werden soll. Der Einwohnerrat hat diese Äusserung auch geschützt, indem im Gründungsvertrag ein Zusatz aufgenommen wurde, nämlich dass der Einwohnerrat beim Architekturwettbewerb für das Grossfeld mitreden möchte. Der Einwohnerrat sagte somit also, dass auf dem Grossfeld etwas gemacht wird und er im Rahmen des Architekturwettbewerbes mitbestimmen kann. Es wurde ein Zeichen gesetzt und gesagt, dass auf dem Grossfeld nun etwas passiert. Wenn man nun den Vorstoss von Cla Büchi annimmt, dann sendet man das gegenteilige Signal aus, nämlich, dass auf das Grossfeld gewartet wird. Das sind wieder widersprüchliche Signale, die nicht ausgesendet werden sollten. Es braucht gute Gründe, um innerhalb von ein paar Wochen seine Meinung grundlegend zu ändern. Seiner Meinung nach, liegen keine guten Gründe vor und es hat sich auch seit dem Jahr 2011 betreffend Sachverhalt nichts geändert, sodass man jetzt noch etwas anderes dazusagen müsste. Man stellte vorhin in Zweifel, ob die Denkmalkommission allenfalls auf ihren Entscheid zurückkommen könnte. Es kann sein, dass diese nicht mehr darauf zurückkommt, aber es kann auch sein das sie wieder darauf zurückkommt. Dann gibt es folgende Konsequenzen. Man hat das Grossfeld, welches für ca. 20 Mio. Franken saniert werden muss, ohne dass man weiss, wofür es genau genutzt wird. Diese Gefahr besteht einfach und diese möchte der Gemeinderat nicht eingehen. Gerne kann man sagen, man hat im Zunacher ein günstigeres Heim gebaut. Wenn man aber die 20 Mio. Franken darauf legt, welche man für die Sanierung einer schutzwürdigen Baute in die Hand nimmt, dann sind die Minderkosten plötzlich nirgends mehr. Dann wurden 20 Mio. Franken mehr ausgegeben, als eigentlich gewollt. Das sollte man auch nicht eingehen. Cla Büchi meinte, man sollte die Schutzwürdigkeit nicht gegen eine andere Idee ausspielen. Es geht in seinen Augen nicht um die Schutzwürdigkeit vom Grossfeld, sondern um das sanierungsbedürftige Grossfeld, welches man endlich mit einem Neubau

ersetzen will, damit man das Gebäude anschliessend wieder zweckgebunden benutzen kann. Der Gemeinderat will nicht einfach eine schutzwürdige Baute weghaben, damit diese fort ist. Sondern er möchte etwas Neues aufbauen, was der Sache dient. Das jetzige Grossfeld tut dies nicht mehr. Er kommt zurück auf die Kosten. Cla Büchi sagte, wenn man beim Zunacher einen Erweiterungsbau realisieren könnte, wäre es nach seiner Schätzung ca. 15 Mio. Franken günstiger. Er geht jedoch vom Preis von 54 Mio. Franken aus. Wenn man jedoch den Bericht vom Jahr 2011 liest, sieht man, dass das Pflegeheim alleine nur 37 Mio. Franken kosten. 54 Mio. Franken kostet es, wenn eine Zusatzbaute erstellt wird, bei welchem betreutes Wohnen und Dienstleistungen untergebracht wird. Also wären es zwei Bauten gewesen, welche zusammen 54 Mio. Franken ausgemacht hätten. Wenn das nun mit den Berechnungen von Cla Büchi vergleicht, kommt man auf fast denselben Betrag für das Pflegeheim. Wenn das Pflegeheim allein gebaut wird, gibt man 37 Mio. Franken aus. Über die Zusatzbaute könnte man immer noch diskutieren, ob das die Gemeinde zahlt oder ein Privater. Wie man es anders machen könnte, wurde auch aufgezeigt. Beispielsweise erstellt im Lindenpark eine Baugenossenschaft das Gebäude für betreutes Wohnen. Das wäre im Zunacher durchaus möglich. Cla Büchi meinte ebenfalls, man soll darauf achten, dass die Einnahmen stimmen und dass man die Liegenschaft Grossfeld im Baurecht vergeben könnte. Das möchte der Gemeinderat ja so machen und wird auch so gemacht. Im Gründungsvertrag wurde festgehalten, dass die Liegenschaft Grossfeld, dann wenn der Architekturwettbewerb durchgeführt ist, im Baurecht an die Aktiengesellschaft weitergegeben wird. Für das Baurecht muss dann auch die Aktiengesellschaft den Baurechtszins zahlen. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht zu überweisen.

Gemäss Yasikaran Manoharan hat Lothar Sidler vieles richtig gesagt. Es wurde geprüft und erkannt, dass es möglich ist. Die Kosten und die Anzahl Plätze wurden auch mitgeteilt. Für ein anderes Mal möchte er trotzdem eine kleine Bemerkung anbringen. Wenn man eine Machbarkeitsstudie mit einer gewissen Ernsthaftigkeit machen möchte und, soll in Zukunft kein Büro für Bauökonomie beauftragt werden. In seinem beruflichen Alltag arbeitet der Sprechende auch mit diesem Büro zusammen. Wenn es darum geht ein leeres Areal zu bebauen, können diese ein Fläche darüber legen, eine Kubatur bestimmen und genau sagen, wie viel und was gebaut werden muss. Aber wenn es um eine Analyse von etwas bestehendem geht und um zu beurteilen, ob man es erweitern, vergrössern oder anders umbauen will, funktioniert nicht. Dafür braucht es einen richtigen Planer. Gerade in diesem Fall passierte genau das. In der Machbarkeitsstudie wird ein Plan vorgelegt, indem ein Volumen in den Park gestellt wird. Jeder ist der Meinung, dass dies so nicht gemacht werden soll. Wenn die Machbarkeitsstudie einem Planer oder Architekten in Auftrag gegeben worden wäre, wäre vielleicht die gleiche Möglichkeit herausgekommen, welche heute Cla Büchi vorgestellt hat. Das ist ein essentieller Entscheid für die Gemeinde Kriens. Der Sprechende versteht die Argumentation des Gemeinderates, aber für ein anderes Mal, soll eine umfangreichere Machbarkeitsstudie gemacht werden.

Gemäss Cla Büchi ist es nicht so, dass sich seit 2011 nichts geändert hat. Im 2014 gab es eine Änderung in einem Bundesgesetz, welches den häuslicheren Umgang mit dem Boden und die Verdichtung nach innen vorschreibt. Das gilt auch für Kriens.

Erwin Schwarz ist die ganze Diskussion etwas zu technisch. Bei der Diskussion über die Auslagerung der Heime wurden immer die Betagten und Angestellten in den Vordergrund gerückt. Man soll auch hier an die Bewohner und das Personal im Grossfeld denken. Es sind unzumutbare Bedingungen für alle und deshalb soll man mit dem Grossfeld vorwärts machen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Büchi: Prüfung Heim-Neubau auf Areal Zunacher (Nr. 026/17)

Das Postulat wird mit 18:10 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	ja
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Rätö	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

9. Postulat Nyfeler: Optimierung des Winterdienstes zu Gunsten des Langsam-Verkehrs **Nr. 028/17**

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

10. Postulat Graf: Einmischung bei Volksabstimmungen **Nr. 030/17**

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Gemäss Alfons Graf widerspiegelt sich bei der Beantwortung dieses Postulats der ganze Frust des Gemeinderates, weil er beim Parkplatzreglement eine deutliche Abfuhr erhalten hat. Einmal mehr hat die Exekutive und die Mehrheit der Legislative am Volk vorbei politisiert. Das Volk hat seinen Willen ganz klar durchgesetzt, trotz einseitiger Berichterstattung seitens Gemeinderat. Offenbar hat der Gemeinderat dieses Postulat nicht verstanden oder der Sprechende hat es nicht exakt formuliert, ansonsten würde er es nicht als obsolet betrachten. Es

geht bei diesem Postulat um zukünftige Abstimmungen und um nichts anderes. Bei der letzten Gemeindeabstimmung über das Parkplatzreglement hatte sich der Gemeinderat stark für das neue Reglement eingesetzt unter anderem auch bei der Newsletter Ausgabe vom 19. Januar 2017. Klar darf der Gemeinderat seine Meinung zu Abstimmungen offen legen, wie die Gegner einer Vorlage auch. Für das Abstimmungsbüchlein wollte man den Gegner der Vorlage lediglich 2'000 Zeichen zugestehen. Erst auf Bitte der Gegner konnte der Text um 30 % verlängert werden. Es kann nicht sein, dass man dem Referendumskomitee vorschreibt, wie lange die Stellungnahme sein darf, wenn der Gemeinderat eine mehrseitige Botschaft verfasst. Leider will der Gemeinderat bei Abstimmungen das Volk so beeinflussen, wie er die Abstimmungsergebnisse gerne sehen möchte. Das führt beim Stimmbürger zu Irritationen und Verunsicherungen und ist in keiner Weise eine faire Berichterstattung. Ist das unsere gelebte Demokratie? Nein! Der Postulant forderte mit diesem Postulat, dass bei zukünftigen Abstimmungen, egal um was für Abstimmungen es sich handelt, Befürworter und Gegner die gleichen Voraussetzungen beim Abstimmungsbüchlein vorfinden. Das gibt für die Bevölkerung die besten Infos.

Gemäss Andreas Vonesch, CVP/JCVP-Fraktion, führt der Gemeinderat in der Begründung aus, weshalb das Postulat obsolet ist. Die CVP/JCVP-Fraktion sieht dies auch so. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen. Sie lehnt das Postulat ab.

Roger Erni dankt im Namen der FDP-Fraktion für die Beantwortung. Sie sieht es ähnlich und wird die Überweisung auch ablehnen. Der Gemeinderat hat eine Verbesserung in Aussicht gestellt. Sie hofft, dass der Gemeinderat aufmerksam gemacht wurde und den Worten von Alfons Graf gut zugehört hat. Die Thematik der Textgrösse fürs Gegnerkomitee findet die FDP-Fraktion auch nicht gut. In Zukunft soll man grosszügig sein und nicht damit argumentieren, dass Druckkosten gespart werden können. Die Demokratie darf in dieser Hinsicht nicht zu einer Kostenthematik verkommen, wegen ein paar Zeichen. Dass das Gegnerkomitee in der genannten Abstimmung nur 30 % mehr erhalten hat, ist auch nicht optimal. Das Gegnerkomitee soll so viel schreiben können, wie es möchte. Die FDP-Fraktion wird dieses Postulat ablehnen, jedoch aufmerksam beobachten.

Laut Yasikaran Manoharan, SP-Fraktion, wurde im Bericht bereits geschildert, dass der Regierungsrat am 7. Februar 2017 die zwei Stimmrechtsbeschwerden abgewiesen hat und die Abstimmung wie geplant durchgeführt werden konnte. Der Gemeinderat hat somit regelkonform gehandelt und in der Abstimmungsbotschaft zum Krienser Parkplatzreglement ausgewogen informiert. Gleichzeitig hat der Gemeinderat auch seine Lehren daraus gezogen und wird Reglementstexte in Zukunft in der schriftlichen Abstimmungsbotschaft publizieren. Somit ist die Sachlage aus Sicht der SP-Fraktion erledigt und sie sieht keinen Grund, dem Gemeinderat unrechtmässige Manipulation vorzuwerfen, wie es der Postulant tut. Die SP-Fraktion wird das Postulat ablehnen. Im Grundsatz sollen die Informationen, welche der Gemeinderat und die Gemeindeverwaltung herausgibt wahr, sachlich und möglichst objektiv sein und frei von Propaganda, Manipulation oder Lüge.

Der Postulant verlangt gemäss Tomas Kobi, Grüne/GLP-Fraktion, dass der Gemeinderat es in Zukunft unterlassen soll in Newslettern seine Meinung kundzugeben. Er unterstellt dem Gemeinderat gar Manipulation. Fakt ist, die grosse Mehrheit des Krienser Parlaments stellte sich hinter diesen gemeinsam ausgearbeiteten Vorschlag. Die SVP Kriens ergriff das Referendum, weshalb das Stimmvolk über das Parkplatzreglement abstimmen musste. Im besagten Newsletter, von dem der Postulant spricht, wurden verschiedene Dossiers aufgeschaltet, auch von den Gegnern. In der Botschaft wurden auch deren Argumente dargelegt. In der Begrün-

derung seitens des Gemeinderates ist zu lesen, dass keine einseitigen Unterlagen verschickt wurden. Dies hat auch der Regierungsrat in der Ablehnung der Stimmrechtsbeschwerden bestätigt. Der Postulant versucht hier mit seinem Vorstoss dem Gemeinderat einen Maulkorb zu verpassen. Der Sprechende erlaubt sich eine kurze Rückblende in die Geschichte der Gemeinde Kriens zur Abstimmung zum neuen Reglement über die politischen Rechte vom 13. Juni 2010. Hier strebte die SVP ebenfalls einen Maulkorb an, weil der Gemeinderat von der Haltung jener von der SVP abwich. Der Sprechende weist darauf hin, dass bei der Verselbständigung der Heime Kriens die Grünen auch keine eigene Stellungnahme schreiben können. Ihre Argumente gegen eine Verselbständigung werden durch die Gemeinde vorgenommen. Eine liberale Haltung wäre da sinnvoll.

Alfons Graf spürt eine gewisse Sympathie. Es ist klar, dass diese Abstimmung Geschichte ist. Es geht ihm um künftige Abstimmungen, denn es kann nicht sein, dass der Gemeinderat 10 Seiten schreiben kann und das Referendumskomitee nur eine knappe Seite. Das ist nicht fair.

Cyrrill Wiget führt aus, dass der Gemeinderat aus dem Postulat nicht herausspüren konnte, dass der Postulant grundsätzlich mehr Seiten zur Verfügung haben will. Er schreibt in seinem Postulat lediglich, dass der Gemeinderat tendenziös informiert haben soll. Bei den Abklärungen, ob es tendenziös war oder nicht, wurde die Stimmrechtsbeschwerde vom Regierungsrat beurteilt. Das Urteil wurde gefällt und es war nicht tendenziös. Wenn er weitere Fragen bezüglich des Textes vom Referendumskomitee hat, kann er diese im Rahmen eines neuen Vorstosses stellen. Der Gemeinderat gibt dazu gerne eine Antwort.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Graf: Einmischung bei Volksabstimmungen (Nr. 030/17)

Das Postulat wird mit 21:7 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein
Vonesch, Andreas	nein
Zellweger, Martin	ja

11. Bericht Postulat Kaufmann: Win-Win: Doppelturnhalle plus Schulraum Nr. 247/16

Laut Raphael Spörri ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Gemäss Davide Piras wäre die von der Postulantin Christine Kaufmann-Wolf genannte Projektidee interessant und prüfenswert. Anstatt die Turnhalle einfach zu sanieren, ist der Ausbau zu einer Doppelturnhalle mit zusätzlichem Schulraum auf der Turnhalle selbst eine, wie betitelt, Win-Win Lösung. Langfristig hätte ein solcher Ausbau die Sek-Schulraum- und Turnhallenengpässe in Kriens verbessert. Die zusätzlichen Klassenräume in den aufgebauten Etagen wären ebenfalls in unmittelbarer Nähe zum Schulhaus Kirchbühl und somit eine optimale Erweiterung des Sekundarschulhauses. Leider fällt die kreative Idee der Postulantin wortwörtlich ins Wasser. Die Mitteilung dass die Turnhalle Fenkern angeblich im Baurecht gebaut wurde, hatte die CVP/JCVP-Fraktion bereits bei der Überweisung des Postulats überrascht. Dass die Turnhalle selbst nicht nur an eine Gewässerschutzzone angrenzt, sondern gleich auf einer Gewässerschutzzone gebaut wurde, hat die CVP/JCVP Fraktion noch einmal mehr überrascht. Der Bericht wirft noch einige Fragen auf, welche sie gerne vom Gemeinderat beantwortet haben möchten:

- Warum durfte damals dennoch die Turnhalle gebaut werden?
- Wann läuft der Baurechtsvertrag ab und was geschieht dann mit der Turnhalle?
- Darf die Turnhalle überhaupt total saniert werden?
- Welche Strategie hat der Gemeinderat, um die notwendigen Turnhallen und Sek- Schulraum bereitzustellen?

Die CVP/JCVP Fraktion bedauert, dass kein Ausbau an diesem Standort möglich ist und bedankt sich beim Gemeinderat für die Beantwortung der Fragen.

Die KBSG ist laut Erwin Schwarz erstaunt, dass früher in einer Grünzone, welche mit einer Gewässerschutzzone überlagert ist, eine Turnhalle gebaut werden konnte. Die ablehnende Haltung des Gemeinderates zum Postulat und die Ablehnung der EWL für Vertragsverhandlungen wurden mehrheitlich mit einer sehr grossen Unzufriedenheit zur Kenntnis genommen. Die Mehrheit der Kommission war und ist nach wie vor der Meinung, dass ein Ausbau dieses Standortes mit einer zusätzlichen Turnhalle sinnvoll gewesen wäre, ist aber schlussendlich mit dem Gemeinderat einverstanden.

Michèle Binggeli führt aus, dass sich auch die SVP-Fraktion bewusst ist, dass zahlreicher Schulraum benötigt wird. Eine Sanierung der Turnhalle steht sowieso bevor, deshalb war es sinnvoll, die Idee der Postulantin zu prüfen. Es wäre vorteilhaft, wenn man zwei Fliegen mit einer Klappe hätte schlagen können. Die SVP-Fraktion hofft, dass die Idee der Doppelturnhalle noch nicht begraben ist.

Die FDP-Fraktion findet laut Erwin Schwarz diese Doppelturnhalle eine gute Idee, aber er zitiert aus seiner Stellungnahme zum Postulat vom November 2016: „*Beim vorliegenden Postulat sind wir der Ansicht, dass auf Grund der Voraussetzungen die Chance für eine Realisierung des Projektes sehr gering sind...*“ Es war schon damals klar, dass die Überweisung dieses Postulates eine reine Alibi-Übung war und somit nur Verwaltungskosten verursacht hat. Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort des Gemeinderates einverstanden.

Auch aus Sicht SP-Fraktion führt Yasikaran Manoharan aus, wäre die Erweiterung der Turnhalle Fenkern um eine Doppelturnhalle und neue Schulräume eine willkommene Lösung gewesen, hinsichtlich dem Bedarf an Schul- und Turnräumen, welche die Gemeinde in den nächsten Jahren ausweisen muss. Mit Bedauern nimmt sie jedoch zur Kenntnis, dass durch die gegebene Situation mit dem Grundwasser, keine Erweiterung auf diesem Areal möglich ist. Der Bedarf an Schul- und Turnhallenraum ist aber ausgewiesen und der Gemeinderat soll mit der nötigen Weitsicht andere Orte und Möglichkeiten prüfen, um Räumlichkeiten zu realisieren. Die SP-Fraktion hofft im kommenden Bericht über die Schulraumplanung neue Erkenntnisse zur Raumsuche zu erhalten.

Raoul Niederberger, Grüne/GLP-Fraktion stellt fest, dass die Postulantin den Gemeinderat aufforderte zu prüfen, die Fenkerturnhalle zu einer Doppelturnhalle mit zusätzlichem Schulraum auszubauen. Aufgrund ihrer zentralen Lage ist die Halle bestens geeignet und zudem steht eine Sanierung in den nächsten Jahren ohnehin an. Dieser Vorschlag erscheint deshalb durchaus interessant, wie auch der Gemeinderat in seinem Bericht bemerkt. Bei etwas näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass das Land auf dem die Turnhalle steht, erstens nicht der Gemeinde gehört, sondern der EWL und zweitens die Turnhalle auf einer Grünzone, mit überlagernder Gewässerschutzzone liegt. Ein Ausbau der Fenkerturnhalle ist folglich nicht möglich. Dieses Ergebnis hätte der Gemeinderat aber nicht unbedingt so schön aufzeigen müssen. Ein kurzer Blick in das Bau- und Zonenreglement, welches im Internet einfach einzusehen ist, hätte das gleiche Ergebnis geliefert. Die Grüne/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat trotzdem für den ausführlichen Bericht.

Gemäss Judith Luthiger-Senn war dieser Vorstoss auch für den Gemeinderat interessant. Die Halle steht im Zentrum und auch Synergien mit dem Kirchbühl 1 + 2 wären gegeben. Bei der Grundwasserschutzzone gibt es jedoch keine Möglichkeit. Der Gemeinderat hat gründlich geschaut, ob es noch andere Möglichkeiten gibt, damit dieser Bau realisiert werden kann. Dies ist leider nicht der Fall. In der Schulraumplanung 2016 wurde ausgewiesen, dass ca. ab 2025/26 neue Hallen benötigt werden. Der Gemeinderat ist an der Prüfung von weiteren Möglichkeiten, unter anderem in der Machbarkeitsstudie Roggern. Auch Einmietungen sind ein Thema. Der Einwohnerrat wird zu gegebener Zeit Informationen erhalten. Der nächste B+A zur Schulraumplanung wird dem Einwohnerrat im 2018 vorgelegt. Bei einer Sanierung der Turnhalle geht der Gemeinderat den üblichen Weg. Nach erfolgter Prüfung muss diese Sanierung im AFP ausgewiesen werden. Bei der bestehenden Turnhalle wurde bereits der Boden erneuert, gewisse Sanierungsmassnahmen und Sicherheitsmassnahmen vorgenommen. Die Sanitärinstallationen müssen noch neu gemacht werden und im Duschaum ist die Raumtemperatur zu niedrig. Die Turnhalle ist voll funktionstüchtig und ist sehr ausgelastet.

Matthias Senn beantwortet die baulichen Fragen. Die Gewässerschutzgesetzgebung hat sich in den letzten 50 Jahren natürlich massiv verändert. Die Turnhalle wurde bereits vor 50 Jahren erstellt. Dazumal war halt noch vieles möglich, was heute nicht mehr geht. Der Sprechende macht noch einen politischen Hinweis zu dieser Situation. Die Stadt Luzern hat sich vor ein paar 100 Jahren Gewässerrechte im Talboden von Kriens gesichert. Das gilt heute noch. Das Wasser wird in die Stadt Luzern gepumpt und Kriens kauft Wasser von der Stadt Luzern ein, welches im Grosshof nach Kriens gepumpt wird. Das ist der Irrsinn der regionalen Zusammenarbeit bei der Wasserversorgung. Der Gemeinderat hat immer noch die Hoffnung, dass man dies einmal ändern kann.

Davide Piras möchte noch wissen, wann der Baurechtsvertrag abläuft und was mit dieser Turnhalle geschieht. Kann es sein, dass aufgrund der Gesetzgebung nichts mehr gemacht werden kann oder man gar eine Turnhalle verliert?

Franco Faé kann diese Fragen nicht beantworten. Er klärt die Fragen ab und gibt dem Einwohnerrat eine Rückmeldung.

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass eine Überführung einer weiteren Teilfläche in die Zone für öffentliche Zwecke eine Zonenplanänderung benötigt. Solange jedoch das Grundwasser genutzt wird, ist eine Umzonung ausgeschlossen. Mit anderen Worten ist eine Sanierung aus ihrer Sicht unproblematisch, wenn nicht in den Boden eingegriffen wird.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

12. Beantwortung Interpellation Nyfeler: Wie barrierefrei ist Kriens für Menschen mit einem Handicap? Nr. 013/16

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Raphael Spörri fragt den Vertreter der Interpellantin, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Michael Portmann wünscht eine Diskussion.

Raphael Spörri stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Michael Portmann fragt, wie viele Menschen in Kriens davon betroffen sind, dass seit 15 Jahren auf Bundesebene ein Behindertengleichstellungsgesetz existiert, dieses aber weder auf Kantons- noch auf Gemeindeebene umgesetzt wird? Gemäss dem Bundesamt für Statistik lebten 2013 in der Zentralschweiz 21 % der Bevölkerung mit einer Behinderung. Dies bedeutet, dass sie mit einer dauerhaften körperlichen, psychischen oder geistigen Beeinträchtigung leben. Auf Kriens umgerechnet mit der Basis von 26'000 Einwohnern sind dies ganze 5'500 Menschen. 3,9 % der Bevölkerung gilt in der Zentralschweiz als Menschen mit Behinderung und starker Einschränkung. Diesen Menschen ist es nicht mehr möglich ihren Alltag ohne Hilfe zu bewältigen. Sie leben meist in Heimen oder anderen spezialisierten Institutionen. In Kriens wären dies immerhin 1'000 Menschen. Das Alter ist dabei sicher ein wichtiger Faktor. Während zwischen 16 - 64 Jahren 17 % der Bevölkerung mit einer Behinderung leben, sind es fürs Alter über 64 Jahre mit 34 % doppelt so viele. Gemäss LUSTAT wären also in Kriens 2'500 von insgesamt 7'000 Menschen im Alter über 64 Jahre betroffen. Immerhin 330 gelten dabei als stark eingeschränkt. Diese Abschätzung deckt sich erstaunlich gut mit der aktuellen Zahl von Pflegeplätzen in Kriens. Der Sprechende ist von diesen Zahlen beeindruckt und sie machen ihn auch betroffen, wenn er sich das Trauerspiel um die Aktualisierung des seit 1993 gültigen, immer noch gültigen und hier als 70 seitiges, blaues Buch vorliegenden Behindertenleitbildes anschaut. Im Leitbild wurden die Grundlagen für eine differenzierte Betrachtung der

Situation erarbeitet und auf die steigende Tendenz des Bevölkerungsanteils hingewiesen. Alle Massnahmen die angesprochen werden sind auch heute noch aktuell. In Kriens wird im Moment lediglich ein Punkt vorbildlich umgesetzt. Bei öffentlich zugänglichen Bauten wird bei Sanierungen und Neubauten auf Barrierefreiheit geachtet und damit eine Gleichbehandlung erreicht. In vielen anderen Bereichen dagegen sind die Bemühungen minimal gehalten, wohl auch deshalb, weil bis heute nicht klar definiert ist, wer die Umsetzung der Massnahmen bezahlen soll. Beim aktuellen Schwarzer-Peter-Zuschiebe-Spiel in den Finanzen geht offenbar ein wichtiger Punkt verloren. Trotz vorhandenem Behindertenleitbild blieben in Kriens seit Jahren die Anliegen von Menschen mit Behinderung einfach liegen, obwohl in Kriens immerhin 5'500 Menschen direkt betroffen sind. Mit dem zunehmenden Durchschnittsalter der Bevölkerung wird der Anteil weiterhin zunehmen. Die SP-Fraktion akzeptiert also zähneknirschend, dass in Kriens auf ein neues, überarbeitetes Leitbild für Menschen mit Behinderung gewartet werden muss. Allerdings ist sie auch froh, dass in der Antwort als Lichtblick angedeutet wird, dass an mehreren Stellen einfach nur der Anstoss oder Vorstoss von aussen fehlt. Die SP-Fraktion hat deshalb für heute zwei Motionen vorbereitet. Wer diese mitunterzeichnen möchte, darf dies anschliessend gerne tun. Welchen Inhalt haben die Motionen? Die erste Motion betrifft die visuell-taktilen Markierungen, welche blinden Menschen erlauben sich zu orientieren und sich im Zentrum von Kriens zwischen Bus, Migros, Coop oder Post zu bewegen. Ziel muss sein, zumindest im Zentrum mit dem Blindenstock spürbare, eindeutige Markierungen anzubringen, damit sich Sehbehinderte zurechtfinden. Gleichzeitig ist es wichtig dieses Wegnetz so an den ÖV anzuschliessen, dass auch die Stadt Luzern oder die Gemeinde Horw mit dem Blindenatelier erreicht werden können. Die zweite Motion betrifft die Toilettensituation in Kriens, insbesondere auch für Menschen mit Behinderung. Die SP-Fraktion erachtet es als zentral, dass entlang der Buslinie 1 in Kriens wenigstens bei den Busschleifen Kriens und Obernau saubere, gepflegte und während 24 Stunden zugängliche barrierefreie WC's vorhanden sind. Bestehende Anlagen wären also entsprechend anzupassen. Kurz gesagt, die SP-Fraktion ist enttäuscht, wie hier in Kriens Menschen mit Behinderungen, ein Fünftel der Bevölkerung, seit Jahren vernachlässigt und hingehalten wurden. Offenbar kommt nun aber die Sache auch auf Ebene Kanton ins Rollen. Die Gemeinden wurden aufgefordert zu einem ersten Entwurf des kantonalen Behindertenleitbildes Stellung zu nehmen. Die SP-Fraktion erwartet, dass sich der Gemeinderat in allen Punkten, ganzheitlich für die Gleichbehandlung von Menschen mit Behinderung in Kriens einsetzt. Setzt man auch hier ein Zeichen für ein starkes und sozial verantwortliches Kriens. Auch die Einwohnerratsmitglieder haben mit den beiden Vorstössen die Chance ein Zeichen für Krienserinnen und Krienser zu setzen, die ihr tägliches Leben mit einer Behinderung erfolgreich meistern. Man soll es jetzt anpacken und wenigstens an zwei Stellen Nägel mit Köpfen machen, während man darauf wartet bis sich der Kanton auch im Bereich Barrierefreiheit endlich definiert.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist laut Viktor Bienz schon erstaunt über die Antworten vom Gemeinderat. Beispielsweise gibt es in Kriens drei öffentliche WC-Anlagen für 27'000 Einwohner. Das ist sehr wenig und da besteht Handlungsbedarf. Der Kanton hat das Behindertenleitbild vorgestellt, worin er leider die Verantwortung wer für was zuständig ist nicht geregelt. Das Leitbild geht jetzt in die Vernehmlassung, somit ist es also noch eine längere Geschichte. Keine gesetzlichen Verpflichtungen verbieten Kriens Strassenquerungen zu erstellen oder Absenkungen im Trottoir Bereich zu bauen. Es gibt viele Beispiele, welche Herr Strässle eingebracht hat. Das Thema ist ja auch der KBSG schon länger bekannt und ist auf der Pendenzenliste. Die CVP/JCVP-Fraktion ist der Meinung, hinsichtlich dem Projekt „Leben im Zentrum“ sollte man im Zentrumsbereich Markierungen für Sehbehinderte anbringen. Es gibt bekanntlich auch Fachleute beispielsweise von Behindertenorganisationen, die hier Unterstützung und Beratung anbieten. Gleich wie ein Farbgestalter im Kirchbühlschulhaus.

Die SVP-Fraktion findet es laut Räto Camenisch gut, dass die Interpellantin dieses Thema angestossen hat. Das Gleichstellungsgesetz für Behinderte besteht auf eidgenössischer Ebene schon lange. Das neue Behindertenleitbild des Kantons ist in Ausarbeitung, aber man muss sich bewusst sein, dass der Kanton nicht viel Geld zahlen wird. Die Gemeinde ist näher bei den Bürgern und muss auch schauen. Von den 5'000 genannten Personen mit Behinderung in Kriens benötigen nicht alle einen Lift. Ein Mongoloider ist zwar behindert, aber braucht nicht zwingend einen Lift. Die Darstellung des Gemeinderates ist gar mager. Kriens hat bisher wenig gemacht. Es ist richtig in bautechnischen Belangen Auflagen zu machen, dass an die Behinderten gedacht wird. Der Sprechende attestiert dem Gemeinderat, dass er dies auch tut. Das die Sonnenbergbahn nicht umgebaut werden kann, ist verständlich, da auch die Station auf dem Sonnenberg nicht rollstuhlgängig ist. Diese Sache muss man ernst nehmen, aber mit Vernunft. Es braucht keine grossen Bauprogramme, aber es muss in den Köpfen sein. Bei Um- und Neubauten muss daran gedacht werden.

Gemäss Tomas Kobi, Grüne/GLP-Fraktion, fordert die Interpellantin u.a., dass im täglichen Leben von Menschen mit Handicap Barrieren abgebaut werden. Auch will sie wissen, welche Massnahmen bis heute umgesetzt wurden. Der Gemeinderat hält in seiner Beantwortung fest, dass ihm die Anliegen von Menschen mit Handicap ein grosses Anliegen ist. Das ist ja schön, aber mehr ist es nicht. Auf nationaler Ebene wurde einiges gemacht wie beispielsweise die Inkraftsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes 2004, die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die Schweiz 2014 sowie den Bericht zur Entwicklung der Behindertenpolitik 2017. All diese Rahmenvorgaben dienen als normative Grundlagen und Orientierungsgrundlagen. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn der Gemeinderat in seiner Stellungnahme darauf hinweist, dass er mit der Erarbeitung eines Behindertenleitbildes wartet bis der Kanton das Behindertenleitbild in Kraft setzt. Er könnte hier proaktiv wirken und mit gutem Beispiel vorangehen. Gerade in Bezug auf das Zentrum Pilatus könnten ohne weiteres taktile visuelle Markierungen angebracht werden. Es ist gerade ein Affront, wenn der Gemeinderat in seiner Beantwortung darauf hinweist, dass dies bei den Zentrumsprojekten nicht geplant ist. Die Grüne/GLP-Fraktion fordert den Gemeinderat auf, bei der Begegnung mit behinderten Menschen auf der Strasse und in öffentlichen Gebäuden nicht mehr wegzuschauen. Diesen Menschen soll mit offenen Augen begegnet werden. Hinschauen ist erlaubt.

Räto Camenisch weist darauf hin, dass Blindenmarkierungen sehr selten sind. Ein Blinder muss tatsächlich lernen ohne diese Markierungen zu Recht zu kommen. Das heisst jedoch nicht, dass man diese nicht anbringen kann. Der Sprechende war kürzlich in der Blindenwerkstatt in Horw. Dort teilte ihm ein junger Mann mit, dass er alleine nach New York in die Ferien geht. Sein Hobby dort ist U-Bahn fahren. Das muss man sich einmal vorstellen. Selbst die Personen ohne Sehbehinderungen haben Mühe sich in New York zurechtzufinden. Diese Leute haben eine enorme kognitive Fähigkeit. Die Blinden werden geschult und haben die nötigen Fähigkeiten sich in dieser Welt zu bewegen. Der Sprechende sieht deshalb nicht ein hier ein Programm zu fordern, wie dies mit den Vorstössen gemacht werden soll. Man muss vernünftig mit solchen Personen sprechen. Diese haben auch ihre Erfahrungen. Zuletzt möchte er noch wissen, weshalb man beim neuen Zentrum nicht solche Markierungen anbringt.

Gemäss Bruno Bienz hat die Gemeinde eine grosse Vergangenheit mit Behinderten. Es gab ein Rollstuhlclub, der sehr aktiv war. Es ist heute noch ein Stiefkind. Heute werden immer noch grundsätzliche Fehler beim Bauen gemacht. Seiner Meinung nach werden die Bauherren auch zu wenig darauf aufmerksam gemacht. Es ist auch nicht jeder Architekt voll à jour. Er weist den Gemeinderat auf den vorher überwiesenen Vorstoss betreffend Optimierung des Winterdienstes hin. Das ist auch ein Punkt. Wenn Kies auf dem Trottoir verteilt wird, ist es fast unmöglich mit dem Rollstuhl vorwärts zu kommen. Das sollte im Denkmuster drin sein, wenn

Massnahmen getroffen werden. Auch der Dorfplatz ist ein Beispiel. Es wurde ein Dorfbach erstellt, aber an die Rollstuhlfahrenden wurde nicht gedacht. Nun liegen Bleche darüber. Das sollte jedoch selbstverständlich sein, dass solche Massnahmen gemacht werden und nicht erst im Nachhinein. In der Gemeinde gibt es x Sachen, die er bemängeln könnte, wofür auch die Gemeinde verantwortlich ist. Das Denken an die Behinderten muss vermehrt da sein. Der Gemeinderat führt aus, dass es keine gesetzliche Verpflichtung gibt. Das ist überhaupt noch nicht klar. Bis 2023 müssen einige behindertengerechte Anpassungen vorgenommen werden, beispielsweise muss die SBB ihre Bahnhöfe umbauen. Da wird auch etwas auf die Gemeinden abgewälzt. Die KBSG hat dies auch schon besprochen und denkt, dass bei den Finanzen etwas eingestellt werden muss, damit man nicht auf die Schnauze fliegt.

Kathrin Graber hat auch Einsitz in der KBSG, welche sich diesen Fragen widmet. Der von verschiedenen in Kriens lebenden Personen eingereichte Massnahmenkatalog ist immer wieder ein Thema. Durch diesen Katalog muss sich der Gemeinderat durchkämpfen. Die verschiedenen Massnahmen werden wahrscheinlich recht schwierig und aufwändig. Die Sprechende hat aber den Eindruck, dass man diesen Effort machen muss. Es ist ein guter Anfang, wenn beim Zentrum die Möglichkeiten angeschaut werden. Sie war sehr erstaunt über die Antwort, dass im Zentrum nichts geplant ist. Sie kann das nicht nachvollziehen. Die Markierungen für die Blinden ist das eine, aber der Horizont soll erweitert werden. Es müssen auch generelle Massnahmen angeschaut werden, wie Absenkungen. Kathrin Graber schweben einfache bauliche Massnahmen vor, die ohne kantonales Leitbild möglich sind.

Michael Portmann findet das Blindenatelier in Horw toll. Als Pendler geht er in Horw einkaufen. In Horw fallen ihm die Bodenmarkierungen auf, welche vom Blindenatelier durchs Zentrum hindurch und bis zur Buslinie führen. Diese Leute können mit dem Bus ankommen, wissen wo aussteigen und gehen den Linien nach. So finden sie den Weg zum Blindenatelier. In Luzern ist es das Gleiche. Die Leute werden intensiv trainiert, damit sie sich zurechtfinden können. Es wäre schön, wenn in Kriens mehr Trainingsmöglichkeiten da wären.

Rolf Schmid möchte zwei Punkte ansprechen. Zuerst das Argument, dass es keine gesetzlichen Verpflichtungen gibt. Als politische Behörde hat man nicht nur eine gesetzliche sondern auch eine moralische Verpflichtung. Leute mit Beeinträchtigungen sind Teil der Gesellschaft. Diesem Teil soll ebenso Rechnung getragen werden, wie allen anderen auch. Nun kommt er zum zweiten Punkt nämlich dem Slogan „Zukunft Kriens – Leben im Zentrum“. Im Zentrum sollen junge, alte, beeinträchtigte Personen etc. leben. Gerade hier findet er es unabdingbar, dass die vorgenannten Vorschläge aufgegriffen und den Anliegen Rechnung getragen wird.

Cyrill Wiget ist klar, dass Menschen mit Beeinträchtigung im täglichen Alltag besondere Bedürfnisse haben. Wenn man versucht diesen Menschen das Leben einfacher zu machen, ist man auf dem richtigen Weg. Er bittet trotzdem um Verständnis, dass in Kriens nicht alles gemacht werden kann, was vorgeschlagen wurde, auch wenn diese Vorschläge moralisch verpflichtend sind. Der Gemeinderat möchte und muss sich an die Gesetze halten und macht dies auch. Über die gesetzlichen Grundlagen hinaus zu gehen ist schnell extrem aufwändig und teuer. Der Gemeinderat hat diese Woche einen Beispielsentscheid getroffen. Im neuen Verwaltungsgebäude gibt es eine Galerie, welche bisher nicht rollstuhlgängig geplant war, weil der Lift nicht auf halber Höhe Halt macht. Damit diese Galerie rollstuhlgängig gemacht werden kann, muss der Lift mit einer zusätzlichen Lifttüre ausgestattet werden. Das bedingt, dass auf der ohnehin knappen Galerie auf ein paar Sitze verzichtet wird. Das war ein klassischer Konflikt. Die Kosten liegen bei Fr. 75'000.00 und die Galerie wird kleiner. Der Gemeinderat hat sich dafür entschieden, weil ihm die Rollstuhlgängigkeit wichtig ist. Es hätte niemand

verstanden, wenn dies nicht gemacht wird. In den Antworten wollte der Gemeinderat gewisse Konflikte ansprechen. Der Sprechende kommt auf das Beispiel von Räto Camenisch mit der U-Bahn zurück. Eine U-Bahn ist etwas ganz dummes für jemanden an Stöcken. Deswegen werden aber nicht keine U-Bahnen gebaut. Solche Konflikte im Verkehr gibt es extrem häufig. Für einen Blinden ist eine Tempo 30 Zone ein Problem. Mit guten Überlegungen muss auch über eine Führung für Blinde nachgedacht und gesucht werden. Gleichzeitig muss geschaut werden, dass Kombinationsnutzungen von Velofahrern und Fussgängern auf einem Trottoir realisiert werden können. Das sind extrem grosse Herausforderungen. Wenn eine gute Führung für Blinde gemacht werden soll, gibt es keinen Radweg auf dem Trottoir. Das will man ja auch nicht. Der dritte angesprochene Punkt kennt man auch bei Energiefragen. Bei alten Häusern können selbstverständlich nicht dieselben Eingriffe gemacht werden, weil sie sonst ihren Charme und Wert verlieren. Jedoch wäre es dort sinnvoll Minergie-Standard einzubauen. Das gleiche Problem besteht bei der Sonnenbergbahn, die denkmalpflegerisch einen hohen Wert hat. Wenn man diese nun mit sämtlichen rollstuhlgängigen Anforderungen ausrüsten will, dann erkennt man diese Bahnen nicht mehr. So ist man oft in einem Zielkonflikt. Der Gemeinderat bittet um Verständnis. Die SP-Fraktion ist nicht glücklich über diese Antworten und sie meinte, dass die Antworten zu salopp und unambitioniert sind. Das sollte nicht so rüber kommen. Der Gemeinderat möchte das Beste für behinderte Menschen, aber er steht vor grossen Herausforderungen und Zielkonflikten.

13. Postulat Büchi: Gehen attraktive Verkehrswege zwischen Kriens und Horw verloren? Nr. 027/17

Gemäss Raphael Spörrli ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

14. Postulat Portmann: Wird nun in Kriens umweltfreundliches Denken bestraft? Nr. 033/17

Gemäss Raphael Spörrli ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Der Überweisung wird seitens der SVP-Fraktion opponiert.

Michael Portmann möchte gleich als erstes alle darauf hinweisen, dass sich der Prüfauftrag an den Gemeinderat auf die aktuelle Praxis zur Umsetzung des Parkplatzreglements bezieht. In der jetzigen Praxis entsteht mindestens an einer Stelle eine Ungleichbehandlung. In Kriens türmen sich die Wohneinheiten, Kriens wird verdichtet. Verbunden damit steigt auch die Gefahr von Dichtestress, beispielsweise in Form von Stau während den Stosszeiten. Davon betroffen sind alle. Gleichzeitig ist allen klar, dass man nicht einfach neue Strassen bauen kann, um den Stau in den Stosszeiten zu verringern. Nur was sind sinnvolle Massnahmen, um die Strassen in den Stosszeiten wirksam zu entlasten? Autoverkehr braucht Platz. Platz, den Kriens nicht mehr einfach so hat. Auch beim Verkehr kann verdichtet werden. Der öffentliche Verkehr, der Langsamverkehr und die Fussgänger haben den Vorteil, dass pro Quadratmeter

mehr Menschen transportiert werden können als mit Autos. In anderen Städten der Schweiz werden die Stauspitzen gemildert, indem genau diese weniger platzfressenden Verkehrsträger gefördert werden. Dazu brauchen die Städte aber Geld. Eine Finanzierung dazu ist im Parkplatzreglement bereits angedacht. Wer weniger Parkplätze baut, trägt zum öffentlichen Verkehr bei. Die praktische Umsetzung dieser Verdichtung im Verkehr scheint aber nicht ganz unproblematisch zu sein. Bei den Parkplätzen wird dies besonders gut sichtbar. Je nach Grösse des Bauprojekts bieten neben dem Reglement Gestaltungs- oder Bebauungspläne Spielraum, in welchem die Entwicklung einer Siedlung ebenfalls gelenkt werden kann. Dabei treten sofort Fragen zur aktuellen Praxis auf: Wieviel Spielraum ist vorhanden? Wo wird der Spielraum warum und wie ausgenützt? Wie finanziert man den für die verkehrstechnische Erschliessung notwendigen öffentlichen Verkehr? Ist es richtig, dass Grossinvestoren in LuzernSüd systematisch bevorzugt werden und die Gemeinde Kriens auf Ersatzabgaben pro Bebauungsplan von bis zu einer halben Million Franken aufwärts verzichtet? Gibt es auch Spielraum für kleinere, klar deklariert umweltfreundliche, parkplatzfreie Bauprojekte? Gibt es Fälle wo der Spielraum so schlecht definiert ist, dass für Kriens auch Nachteile entstehen können? Der Gemeinderat soll mit diesem Postulat die Chance erhalten, nach einer Auslegung Wege aufzuzeigen, wie im Besonderen in LuzernSüd sinnvoll auch mit Ersatzabgaben weitergeführt und wie umweltfreundliche und staufreundliche Projekte jeglicher Grösse gefördert werden können. Selbstverständlich geht es darum, Kriterien zu definieren, wie man dies entscheidet. Deshalb bitte er das Postulat zu überweisen.

Die CVP/JCVP-Fraktion ist gemäss Anita Burkhardt-Künzler für eine Überweisung des Postulats. Die Stimmberechtigten wollten das neue Parkplatz-Reglement nicht, doch der Status Quo ist sicher nicht ideal. Zwar ist sie gegen eine einseitige Anpassung des bestehenden Parkplatz-Reglements, doch es müssen neue, allgemeingültige Richtlinien, vor allem in Hinblick auf die grossen Bautätigkeiten in LuzernSüd überprüft werden. Der Gemeinderat soll deshalb seinen Spielraum ganzheitlich ausnutzen. Jedoch ist die CVP/JCVP-Fraktion ganz klar dagegen, dass die Ersatzabgaben bei Unterschreitung der zu bauenden Parkplätze ganz gestrichen werden. Es soll nicht möglich sein, dass ein Bauherr keine Parkplätze bauen kann und der parkplatzsuchende Verkehr ist dann ein Problem für die Öffentlichkeit ist. Abgaben dürfen angepasst und die Anzahl der Parkplätze dürfen ebenso verringert werden, doch keine Abgaben zu leisten sind für sie keine Option. Diese Abgaben sollen gezielt für den öffentlichen Verkehr oder für öffentliche Parkplätze eingesetzt werden. Ungeschickt dünkt sie auch, dass mit dem vorliegenden Postulat nur ein einzelner Punkt aus dem Reglement herausgepickt wird. Die CVP/JCVP-Fraktion ist nach wie vor der Meinung, dass das gesamte Parkplatzreglement zu überarbeiten ist. Sie steht deshalb einer einseitigen Anpassung sehr kritisch gegenüber. In diesem Sinne soll nicht nur das Anliegen des Postulanten durch den Gemeinderat überprüft werden, sondern das Gesamtpaket Parkplatzreglement. Als gewerbefreundliche Partei ist die CVP/JCVP-Fraktion für eine Überweisung des Postulats, jedoch mit einer gesamtheitlichen Beurteilung.

Michèle Binggeli, SVP-Fraktion, erwähnt erneut, dass das Krienser Stimmvolk am 12. Februar 2017 mit einer wuchtigen Mehrheit von über 64 % das neue Reglement abgelehnt und ja zum bisherigen Reglement gesagt hat. Dieser Volkswille muss respektiert werden. Es darf nun nichts überstürzt und es müssen zwingend gut überlegte Ideen vorgebracht werden. Zunächst gilt es betreffend der Forderung im Postulat festzuhalten, dass der Gemeinderat schon mit dem geltenden Reglement dazu in der Lage ist, eine Unterschreitung der Mindestanzahl an zu bauenden Parkplätzen zu bewilligen und dies nicht nur bei Grossprojekten, sondern auch bei genau solchen Projekten, wie sie der Postulant erwähnt. Diese Kompetenz ist gegeben und wird auch genutzt. Und der Gemeinderat hat und wird solche Unterschreitungen auch in Zukunft bewilligen, jedoch erscheint es der SVP-Fraktion teils willkürlich, wie die Bewilligungen ausgesprochen werden. Sehr wichtig ist, dass es eine Mindestanzahl von Parkplätzen

braucht, um ein Chaos auf den Strassen bzw. das wilde Parkieren von Fahrzeugen zu verhindern. Der Postulant verkennt scheinbar auch, dass auch das neue Reglement eine Mindestanzahl von Parkplätzen gefordert hätte und insbesondere auch Ersatzabgaben für zu wenig gebaute Parkplätze, die zudem deutlich über den nun weiterhin geltenden Ersatzabgaben lägen. Wie gesagt, müssen überlegte ganzheitliche Ideen kommen und es scheint verfehlt, nun nur einen Punkt unter die Lupe zu nehmen. Aus Sicht der SVP-Fraktion wird der Volkswille missachtet. Es scheint auch nicht sinnvoll für eine Umsetzung einer Massnahme, welche bereits jetzt zur Anwendung gelangt, kostbare Ressourcen wie Zeit und Geld aufzuwenden. Die SVP-Fraktion ist deshalb gegen die Überweisung des Postulats.

Gemäss Enrico Ercolani, FDP-Fraktion, hat seine Vorrednerin bereits alles gesagt. Die FDP-Fraktion ist einstimmig gegen diese Überweisung.

Die Grüne/GLP-Fraktion lehnt laut Erich Tschümperlin das Postulat ab. Der Grund dafür ist, weil es eine Gesamtschau aller Massnahmen braucht. Das Parkplatzreglement war eine austarierte Vorlage, die nun nicht mit einer Hauruckübung ersetzt werden kann. Zudem sind Abgeltungen umso wichtiger, als die Bevölkerung keine Beschränkung des Verkehrswachstums will. Dann muss die Gemeinde in die Tasche greifen und Massnahmen ergreifen. Das kostet, denn es braucht Parkhäuser und andere öffentliche Anlagen, die bezahlt werden müssen. Ohne Ersatzabgeltung heisst es einmal mehr: die Gewinne privat, die Kosten dem Staat. Heute hat der Sprechende von Michael Portmann gehört, dass die Gemeinde in der Regel auf die Ersatzabgabe verzichtet. Wenn das tatsächlich so ist, möchte er wissen aufgrund welchen gesetzlichen Grundlagen dies die Gemeinde macht. Das Parkplatzreglement schreibt es ja eigentlich vor. Darum möchte der Sprechende vom Gemeinderat wissen, aufgrund welcher gesetzlichen Bestimmung auf die Abgeltung verzichtet wird. Wie lange wird dies schon so gehandhabt? Auf welchen Betrag hat der Gemeinderat in den letzten Jahren insgesamt verzichtet? Und wer hat dies jeweils entschieden? Und bei den grossen anstehenden Bauprojekten kann es schnell mal um ein paar hundert Parkplätze gehen und damit um ein paar hunderttausend Franken. Die Gemeinde verzichtet freiwillig darauf und Kriens hat ein Finanzproblem. Wenn das wirklich so ist, ist das ein Skandal, bleibt doch das Reglement in diesem Punkt wirkungslos. Andererseits ist Erich Tschümperlin noch ein Fall in Erinnerung, wo ein Kleinunternehmer ohne Parkplatzmöglichkeit und ohne Kunden mit Autos von der Gemeinde Kriens gezwungen werden sollte Parkplätze zu bauen, respektive eine Abgeltung von ca. Fr. 20'000.00 zu zahlen. Dieser musste sich gerichtlich wehren und hat aber gewonnen. Da hat er den Eindruck, dass man die Kleinen, mindestens die Unbequemen, packt und die Grossen laufen lässt.

Räto Camenisch meint er ist im falschen Film. Das Stimmvolk hat das Parkplatzreglement sonnenklar abgelehnt. Jetzt kommt der Postulant mit dem genau Gleichen und will den Gemeinderat in die gleiche Richtung schicken. Das aktuelle Reglement gilt weiterhin. Wenn man schon ein neues Reglement machen will, dann soll man mehr auf diejenigen hören, die eine andere Meinung haben. Die neue Vorlage soll nicht wieder am Volk vorbei gehen, damit das Volk diese wieder ablehnen muss. So geht es nicht. Darum ist es eine Katastrophe im direkten Nachgang der Abstimmung wieder solche Sachen zu fordern. Es soll so belassen werden wie es ist, denn das Volk hat beschlossen. Man darf durchaus auch wieder über ein neues Reglement nachdenken, aber nicht mit Schüssen in die gleiche und falsche Richtung.

Roger Erni denkt auch, dass man so etwas nicht machen soll. Vor wenigen Tagen wurde vom GVK Kriens eine Gewerbegruppe gegründet, welche Aufgaben wie die Verkehrsplanung, das Parkplatzreglement, staufreies Kriens, den Echoraum Nidfeld, die Langsägestrasse und das

Zentrum hat. Die Gewerbegruppe ist auch mit Einwohnerratsmitgliedern bestückt, welche ein Signal schicken möchte. Die Gewerbegruppe wird selbstverständlich bei gleicher Ausgangslage wieder dagegen sein. Ein neues Reglement braucht Zeit und deshalb soll das Postulat nicht überwiesen werden.

Cyrill Wiget stellt fest, dass bei dieser Frage offensichtlich noch nicht das Gras darüber gewachsen ist. Der Gemeinderat wäre mit der Überweisung bereit gewesen eine Auslegeordnung, wie es weiter gehen soll, zu erstellen. Das bestehende Parkplatzreglement hat eine Kann-Formulierung zu den Ersatzabgaben. Der Gemeinderat kann darüber bestimmen, ob er Ersatzabgaben erlässt oder nicht. Bis am 1. September 2016 wurden alle Baubewilligungen dem Gemeinderat vorgelegt. Aufgrund der Departementsreform wurden gewisse Sachen delegiert. Natürlich hatte das neue Reglement die Aufgabe die Kann-Formulierung nicht überstrapazieren. Der Gemeinderat und der Einwohnerrat waren der Auffassung, dass das Parkplatzreglement modernisiert werden muss und die Kann-Formulierungen juristisch zu fest strapaziert werden. Mit dem neuen Reglement wollte man eine Rechtsgleichheit schaffen.

Gemäss Erich Tschümperlin hat die Gemeinde knappe Finanzen. In LuzernSüd laufen zurzeit grosse Projekte. Man kann anhand des Reglementes sicher sehr einfach abschätzen auf wie viel Geld in den letzten 2-3 Jahren verzichtet wurde.

Cyrill Wiget kann diese Frage nicht beantworten. Es wäre unseriös einfach eine Zahl zu nennen.

Laut Kathrin Graber haben sich die SVP-Fraktion und die FDP-Fraktion vergebens aufgeregt. Die Aussage von Michèle Binggeli war etwas gewagt, dass nein zum neuen Reglement gesagt wurde und ja zum bisherigen Reglement. Das heisst es aus ihrer Sicht nicht zwingend. Sie kennt verschiedene Leute, die nein zum neuen Reglement gesagt haben, die jedoch auch mit der bisherigen Lösung nicht glücklich sind. Wenn man dies genau wissen will, muss eine Meinungsumfrage gemacht werden. Das ist jedoch nicht nötig. So wie die Sprechende das Postulat versteht, möchte die SP nicht das bestehende Parkplatzreglement ändern, sondern aufzeigen, wie der Gemeinderat in Zukunft sein Ermessen ausüben soll. Vielleicht möchte er sein Ermessen aufgrund dieses Entscheides im Interesse der Bauherren anpassen. Das wäre gewerbefreundlich. Auch hier müssten die SVP und FDP zustimmen, dass man diese Frage nochmals überdenkt, wie beim bisherigen Parkplatzreglement im Interesse der Bauherren und des Gewerbes das Ermessen optimaler ausgeübt werden kann. Das ist nur ein einziger Punkt. Die CVP/JCVP-Fraktion hat sich auch überlegt, ob sie den Vorstoss deswegen überweisen will. Sie möchte auch eine Gesamtschau und es soll nicht nur ein Punkt herausgepickt werden. Wenn der Gemeinderat dieses Postulat überwiesen bekommt, soll er eine Gesamtschau machen. Es gibt noch andere Bestimmungen im bestehenden Parkplatzreglement mit einer Kann-Formulierung. Es kann nicht sein, dass man flexibel reagiert, denn so hat man die Türen offen für willkürliche Entscheide und das kann sich die Gemeinde Kriens nicht leisten.

Laut Erich Tschümperlin muss nach diesen Ausführungen nichts überwiesen werden. Der Gemeinderat macht es heute ja bereits so. Es werden keine Ersatzabgaben erhoben. Das ist die Forderung von Michael Portmann. Man kann es als gewerbefreundlich ansehen oder nicht. Aus Effizienzgründen kann auf die Überweisung verzichtet werden.

Gemäss Räto Camenisch versuchte Kathrin Graber wortgewaltig zu vernebeln, dass die CVP/JCVP-Fraktion doch mehrheitlich für das gescheiterte Parkplatzreglement war. Offenbar hat sie ein paar Bekannte, die auch dagegen war, aber auch mit dem bisherigen Gesetz nicht zufrieden sind. Der Sprechende hatte in letzter Zeit viel Kontakt zum Gewerbe. Diese sind mit dem bestehenden Reglement sehr zu frieden. Es braucht keine Eile für ein neues Reglement. Man muss lernen sich nach den Stimmberechtigten dieser Gemeinde auszurichten.

Rolf Schmid möchte noch einen Aspekt hervorheben. Mit dem neuen Reglement versuchte man eine Rechtsgleichheit zu schaffen. Vielleicht ist es nicht ganz gelungen diese Rechtsgleichheit hinzubringen. Vielleicht ist es auch nicht gelungen, dies richtig zu erklären oder die Rechtsgleichheit zu verstehen. Es ist wichtig keine Willkür walten zu lassen, sondern dass weiter versucht wird eine Rechtsgleichheit hinzubekommen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Portmann: Wird nun in Kriens umweltfreundliches Denken bestraft? (Nr. 033/17)

Das Postulat wird mit 16:7 Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	Enthaltung
Binggeli, Michèle	nein
Büchi, Cla	Enthaltung
Burkhardt-Künzler, Anita	ja
Camenisch, Räto	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Niederberger, Raoul	nein
Piras, Davide	ja
Portmann, Michael	ja
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	ja
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein

15. Postulat Koch: Neuer Schulraum auf dem Areal Grosshof

Nr. 034/17

Gemäss Raphael Spörri opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Laut Patrick Koch war die Idee, dass während der rollenden Schulraumplanung geprüft werden soll, ob ein Schulstandort Grosshof möglich ist. Die ausserordentliche Bautätigkeit verlangt nach zusätzlichen Klassenzimmern. Der Gemeinderat hat in der Begründung zum Postulat richtig festgestellt, dass wenn es in LuzernSüd neuen Schulraum braucht, muss dies

rechtzeitig aufgegleist werden. Deshalb ist es wichtig, sein Anliegen mit der nächsten Überarbeitung der Schulraumplanung im 2018 zu prüfen. Nach seinen Informationen ist der Mietvertrag für die Asylunterkunft für 10 Jahre und nicht 20 Jahre abgeschlossen. Eine allfällige Vertragsänderung muss der Gemeinderat nach 10 Jahren absegnen. Der Sprechende hat im Grosshof lieber einen Schulraum als Carparkplätze. In der aktuellen Schulraumplanung schreibt der Gemeinderat, dass vor allem die bestehenden Schulanlagen Roggern und Kuonimatt ausgebaut werden sollen. Der Sprechende ist sich nicht sicher, ob dies reichen wird. Tatsache ist, dass dies vor allem auf Kosten von Pausenplätzen und Spielwiesen passiert. Die Meinung des Volkes dazu ist bekannt. Der Einwohnerrat hat auch schon über dieses Thema entschieden. Es funktioniert nicht, wenn diese beiden Schulhäuser erweitert und die Grünflächen verbaut werden. Patrick Koch möchte vom Gemeinderat wissen, wie lange die Wiesen im Krauer, Roggern und Kuonimatt belegt sind. Er dankt für die Überweisung des Postulats.

Die KBSG hat laut Erwin Schwarz das Postulat kontrovers diskutiert. Einige sehen den Grosshof als idealen Standort für ein Schulhaus, andere aber überhaupt nicht. Ein paar Voten aus der Kommission lauten wie folgt:

- Die Autobahn trennt dieses Gebiet teilweise von LuzernSüd.
- Es gibt gar keinen Bedarf für ein Schulhaus an diesem Standort.
- Bestehende Schulhäuser müssen zuerst ausgebaut werden.
- Das Grundstück ist mit dem ZUMA-Center für 20 Jahre blockiert.
- Eine Umzonung wäre notwendig.
- Eine Schulraumplanung auf diesen Zeitraum von 20 Jahren macht keinen Sinn.
- Mehrere Standorte im Raum LuzernSüd sind bereits für ein zusätzliches Schulhaus reserviert und blockiert.

Mit einem Stimmenverhältnis von 7:2 folgt die KBSG dem Gemeinderat und lehnt dieses Postulat ab.

Die CVP/JCVP-Fraktion anerkennt gemäss Kathrin Graber das Anliegen des Postulanten, nach Lösungen für den notwendigen Schulraum zu suchen. Auch ihr ist es wichtig, dass für den neu zu schaffenden Schulraum nicht weitere Spielwiesen zum Opfer fallen. Trotzdem kann sie dem Postulat, zusätzlichen Schulraum auf dem Areal Grosshof zu schaffen, nicht zustimmen und zwar aus folgenden Gründen. Auf dem Grosshof ist geplant, eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Kinder zu errichten. Mit dem Kanton ist abgemacht, dass der Kanton sein Grundstück für die nächsten 20 Jahre so verwenden kann. Bei der Schulraumplanung ist zwar langfristiges Denken verlangt. Es ist aber nicht zielführend, heute bereits zu sagen, wie das Grundstück nach 20 Jahren verwendet werden soll. Zudem möchte die Sprechende die SVP daran erinnern, dass es sich auch hier um einen Volksentscheid handelt. Das Volk hat entschieden, dass ein Asylzentrum gebaut werden kann. Die CVP/JCVP-Fraktion hält sich an diesen Volksentscheid. Den Standort für ein Schulhaus an diesem Ort erachtet sie zurzeit als nicht ideal. Es liegt in der Peripherie, in der Nähe der Autobahn und wo zusätzlich der Bypass geplant ist. Die Schulwege der Kinder von LuzernSüd wären gefährlich. Zudem gehört das Grundstück dem Kanton Luzern. Kriens müsste es also für den Schulhausbau dem Kanton Luzern abkaufen. Die CVP/JCVP-Fraktion will die Machbarkeitsstudie des Gemeinderates zu einem Ausbau der Schulanlagen Kuonimatt und Roggern und die Ergebnisse zum Potenzial eines solchen Ausbaus abwarten, bevor man über einen neuen zusätzlichen Schulstandort abstimmt. Aus diesen Gründen lehnt sie das vorliegende Postulat ab, das einen neuen zusätzlichen Schulstandort im Grosshof verlangt.

Laut Erwin Schwarz ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass es generell immer positiv ist, über die Verwendung von brachliegenden Grundstücken nachzudenken. In diesem Falle aber ist die Idee eines Schulhauses auf diesem Grundstück zu wenig durchdacht. Mit dem Gefängnis, dem ZUMA-Center für 20 Jahre und einer notwendigen Umzonung sieht sie idealere Standorte für ein Schulhaus, sofern es überhaupt eines brauchen wird. Die Studie zum Kuonimatt und Roggern soll abgewartet werden. Die FDP-Fraktion ist mit dem Gemeinderat einverstanden und lehnt dieses Postulat ab.

Cla Büchi, SP-Fraktion findet, dass der Vorstoss zweierlei zu früh kommt. Erstens, weil Machbarkeitsstudien erst noch aufzeigen werden, ob der künftig zusätzliche Schulraum bei den bestehenden Schulanlagen Platz findet. Und zweitens, weil das Areal Grosshof gemäss Aussage des Gemeinderates frühestens in 20 Jahren zur Verfügung stehen wird. Weiter ist anzunehmen, dass man nicht so lange warten kann, um allenfalls eine neue Schulanlage in Betrieb zu nehmen, sollte denn eine nötig sein. Der Postulant regt auch an, auf dem Areal ausserhalb von den Asylunterkünften mit modularen Schulbauten Schulraum zu schaffen. Modularer Schulraum eignet sich als ergänzender Schulraum bei einer bestehenden Anlage, aber nicht als eigenständiges Schulhaus. Darum glaubt die SP-Fraktion, dass das Postulat am Ziel vorbeischießt und ist darum gegen eine Überweisung.

Gemäss Bruno Bienz, Grüne/GLP-Fraktion, hat dieses Postulat, wie das im Dezember zurückgezogene Postulat von Davide Piras, auf den ersten Blick einen guten Ansatz. Aber auch dieser Vorstoss kommt zum falschen Zeitpunkt. Bevor wieder eine neue Baustelle geöffnet wird, muss zuerst die besprochene Machbarkeitsstudie vorliegen. Je nach Resultat können beide Vorstösse wieder ins Spiel kommen. Denn wie schon mehrmals betont, ist die Grüne/GLP-Fraktion nicht bereit bei den bestehenden Schulanlagen noch mehr Grün- und Pausenflächen zu opfern. Mehr Kinder brauchen mehr Grün- und Pausenflächen und nicht weniger. Auch als Quartiertreffpunkte sind diese Flächen eminent wichtig. Ein weiteres Problem bei diesem Vorstoss ist der Planungshorizont. Wie der Gemeinderat geht die Grüne/GLP-Fraktion von einer Nutzungsdauer der neuen Asylunterkunft von ca. 20 Jahren aus. Da braucht es mit grosser Wahrscheinlichkeit früher eine Lösung. Die Grüne/GLP-Fraktion kann aus diesen Gründen das Postulat nicht überweisen.

Judith Luthiger-Senn verweist auf das wichtigste Argument, nämlich die Machbarkeitsstudie. Der Gemeinderat ist aktuell an der Ausarbeitung. Es wird abgeklärt, ob die Spielflächen, die Wiesen, die Sportflächen und die Hartplätze auf den einzelnen Schulanlagen reichen. Weiter wurde der Planungshorizont angesprochen. Wenn das Postulat entgegengenommen wird, muss der Gemeinderat in sechs Monaten einen Bericht vorlegen, in dem er aufzeigt, was er im Jahr 2037 plant zu machen. Das ist nicht zielführend. Zuerst muss die Studie abgewartet werden. Diese wird dann in der KBSG zuerst besprochen und dem Einwohnerrat wird eine Auslegeordnung vorgelegt, sobald der Gemeinderat die strategischen Entscheide getroffen hat. Die nächste Schulraumplanung steht im 2018 an. Dieser Planungsbericht wird dem Einwohnerrat wieder vorgelegt. Der Schulraum ist nicht erst im 2037 notwendig, sondern bereits früher. Deshalb möchte der Gemeinderat dieses Postulat nicht überweisen.

Patrick Koch findet dies keine kompetente Antwort. Der Sprechende schreibt, dass dies mit der neuen Schulraumplanung geprüft werden soll. Dann liegt auch diese Machbarkeitsstudie vor. Das wäre im 2018. Er möchte noch eine Antwort auf die Frage zur Dauer des Mietvertrages des Asylzentrums. In der Zeitung konnte man lesen, dass der Gemeinderat nach 10 Jahren neu darüber entscheiden muss, ob man es weiterhin als Asylzentrum führen will. Niemand weiss wie die weltpolitische Lage in 10 Jahren aussieht. In der Begründung steht komplett

etwas anderes als das in der Zeitung stand. Weiter möchte er noch wissen, ob der Gemeinderat schon sagen kann, wann die Spielwiesen wieder freigegeben werden.

Wenn Rolf Schmid bei der Gemeindeversammlung an seinem Arbeitsort eine Machbarkeitsstudie für eine Schulraumplanung in 20 Jahren verlangt, dann hinterfragen diese Bürger seine Kompetenz.

Judith Luthiger-Senn verweist auf das Votum von Rolf Schmid zur Beantwortung der ersten Frage. Wann die Spielwiesen wieder frei sind, kann der Gemeinderat noch nicht sagen. Es muss zuerst die Machbarkeitsstudie abgewartet werden. Sobald der Gemeinderat die strategischen Entscheide getroffen hat, weiss er, wann welcher Teil entfernt und wann wo gebaut wird. Der KBSG wird dies vorgelegt und so hat der Einwohnerrat die Möglichkeit Einfluss zu nehmen.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Koch: Neuer Schulraum auf dem Areal Grosshof (Nr. 034/17)

Das Postulat wird mit 19:6 Stimmen nicht überwiesen.

Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Binggeli, Michèle	ja
Büchi, Cla	nein
Burkhardt-Künzler, Anita	nein
Camenisch, Räto	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Estermann, Yvette	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Niederberger, Raoul	nein
Piras, Davide	nein
Portmann, Michael	nein
Rösch, Daniel	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwarz, Erwin	nein
Sigg, Leo	nein
Tanner, Beat	nein
Tschümperlin, Erich	nein

16. Postulat Koch: Bessere Auslastung der gemeindeeigenen Sitzungs- und Besprechungszimmer! Nr. 036/17

Gemäss Raphael Spörri ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats. Er fragt den Einwohnerrat, ob jemand opponiert.

Da nicht opponiert wird, ist das Postulat überwiesen.

17. Fragestunde

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Raphael Spörri bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren.

Die nächste Einwohnerratssitzung ist am 18. Mai 2017. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Restaurant Neuhof.

Für die Ostertage noch etwas zum Nachdenken:

*„Glaube denen die die Wahrheit suchen, und zweifle an denen die sie gefunden haben.“
Andre Gide (französischer Schriftsteller)*

Die Sitzung schliesst um 17:15 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Der Einwohnerratspräsident:



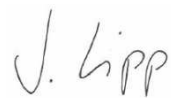
Raphael Spörri

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Janine Lipp